

# FORUM POLITICUM JENENSE

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA



Hartmut Behr und Markus Kaim (Hrsg.)

## Der Irak-Konflikt Aktuelle Analysen

FPJ-Nr. 14/2003

Institut für Politikwissenschaft

D - 07740 Jena Tel.: 03641/945410  
Ernst-Abbe-Platz 8 Fax: 03641/945412

HA

9000

7/2003.14

F

HA  
9000  
7/2003.14

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hartmut Behr und Markus Kaim (Hrsg.):  
Der Irak-Konflikt  
Aktuelle Analysen

Jena: Universitätsdruckerei, 2003

Forum Politicum Jenense, Beitrag Nr. 14

ISBN 3-9807645-3-2

Thüringer Universitäts- und  
Landesbibliothek Jena  
Zweigbibliothek  
Soziologie und  
Politikwissenschaft

**FORUM POLITICUM JENENSE**

Beitrag Nr. 14

Herausgeber:

Institut für Politikwissenschaft,  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Ernst-Abbe-Platz 8

07740 Jena

Tel.: 03641/945410

Fax: 03641/945412

Copyright: 2003 by Institut für Politikwissenschaft, Jena

Bezug über Herausgeber gegen Herstellungskosten + Versand

ISBN 3-9807645-3-2

ThULB JENA



C 73835

## Inhalt

Vorwort .....	3
<b>Die USA und der Irak-Konflikt</b> .....	5
<i>Helmut Hubel:</i> Die USA in der Irak-Krise: Die Nagelprobe auf die Weltordnung .....	5
<i>Lars Berger:</i> Die USA und die arabische Welt: Gegenseitige Wahrnehmungen im Kontext des Irak-Konflikts .....	13
<i>Michael Dreyer:</i> Der Irak und die Innenpolitik der USA .....	19
<b>Der Irak-Konflikt und die Ordnung der Weltpolitik</b> .....	25
<i>Klaus Dicke:</i> Der Konflikt um den Irak und die Vereinten Nationen .....	25
<i>Manuel Fröhlich:</i> Die „letzte Chance“: Das diplomatische Ringen um die UN-Resolution 1441 .....	33
<i>Hartmut Behr:</i> Der globale Terrorismus und der Irak-Konflikt .....	41
<i>Michael Henkel:</i> Vom ewigen Frieden zum ewigen Krieg? Die Staaten des Westens und der Sinnwandel des Krieges .....	47
<b>Regionale und internationale Auswirkungen des Irak-Konflikts</b> .....	53
<i>Markus Kaim:</i> Der Irak-Konflikt und die regionalen Ordnungen des Nahen und Mittleren Ostens .....	53
<i>Michael Edinger:</i> Israel und der Irak-Konflikt .....	59
<i>Guido Müntel:</i> Russland – die letzte verbleibende Vetomacht im Irak-Konflikt? .....	67
<i>Torsten Oppelland:</i> Der Irak-Konflikt und die deutsch-amerikanischen Beziehungen .....	73
Autoren .....	79

Der vorliegende Band geht zurück auf eine öffentliche Diskussionsveranstaltung des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 23. Januar 2003. Die Vorträge, die dort gehalten wurden, sind um sieben weitere Beiträge ergänzt worden, die zusätzliche Aspekte und Fragestellungen der aktuellen Irak-Krise diskutieren. Die Autoren arbeiten am Institut für Politikwissenschaft der FSU Jena oder sind dem Institut eng verbunden.

Die Beiträge sind aus der aktuellen Situation im Februar 2003 heraus geschrieben, d.h. nachdem den Waffeninspektoren der Vereinten Nationen nach der Resolution 1441 des Sicherheitsrates weitere Zeit für die Suche nach Massenvernichtungswaffen und Waffenprogrammen des Irak eingeräumt wurde. Die Beiträge nehmen einerseits eine politikwissenschaftliche Distanz zu den aktuellen Entwicklungen ein, andererseits sind sie jedoch unmittelbar unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklungen verfasst. Die Beständigkeit ihrer Aussagen muss daher gegebenenfalls der Unbeständigkeit und dem täglichen Wandel politischer Entwicklungen Tribut zollen. Dabei wird jedoch nur besonders deutlich, was in den meisten Fällen ohnehin nicht möglich ist, nämlich Prognosen über politische Entwicklungen abzugeben. Dennoch weisen sich die Beiträge durch Informationen und Analysen aus, die auch über die Vergänglichkeit politischer Tagesereignisse hinaus Gültigkeit und Informationswert beanspruchen können. Auf wissenschaftliche Fußnotenapparate und fachwissenschaftliche Debatten wurde mit Blick auf die allgemeine Verständlichkeit der Texte verzichtet.

Die Herausgeber und das Institut für Politikwissenschaft hoffen, damit der breiteren Öffentlichkeit und nicht nur dem fachwissenschaftlichen Publikum Anregungen und reichhaltige Informationen an die Hand zu geben, um in einer schwierigen weltpolitischen Lage zu einer differenzierten politischen Urteilsbildung in der Lage zu sein.

Die Herausgeber danken den Autoren für die Zusammenarbeit und Herrn Holger Obbarius für die Unterstützung beim Satz der Manuskripte. Redaktionsschluss war der 31. Januar 2003.

Jena, im Februar 2003

Hartmut Behr, Markus Kaim

# Die USA und der Irak-Konflikt

## Die USA in der Irak-Krise: Die Nagelprobe auf die Weltordnung

Von Helmut Hubel

Der Monat September in den ersten beiden Jahren des 21. Jahrhunderts dürfte als weltpolitische Wendemarke in die Geschichte eingehen: Am 11. September 2001 fügte ein international operierendes Terrornetzwerk den USA auf deren Territorium präzedenzlose Opfer zu. Ein Jahr später, am 20. September 2002, ließ der Präsident der USA eine neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ veröffentlichen.<sup>i</sup> Darin – so hat es der politische Beobachter William Pfaff in einem brillanten Artikel auf den Punkt gebracht<sup>ii</sup> – vollzog die Führung des mächtigsten Staates der Erde konzeptionell die Abkehr von zwei maßgeblichen Prinzipien der Weltordnung, die seit dem Westfälischen Frieden von 1648 gegolten hatten: die Abkehr von der grundsätzlichen Gleichheit der Staaten und dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates.

Der neuen Sicherheitsdoktrin zufolge beanspruchen die USA angesichts der aktuellen Gefahren – des global agierenden Terrorismus und der Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen – das Recht, sich bei einer unmittelbar drohenden Gefahr vorbeugend selbst zu verteidigen, da traditionelle Konzepte der Abschreckung dagegen notwendiger Weise versagen:

„Wir müssen das Konzept der drohenden Gefahr, den Fähigkeiten und Zielen der heutigen Gegner anpassen. Schurkenstaaten und Terroristen (...) verlassen sich auf Terrorakte und, möglicherweise, den Gebrauch von Massenvernichtungswaffen (...).“<sup>iii</sup>

Ohne dies ausdrücklich auszusprechen, nimmt diese Doktrin für die USA damit das Recht in Anspruch, zur Beseitigung der genannten Gefahren vorbeugend und im Inneren anderer Staaten zu handeln. Bemerkenswert ist, dass in diesem Dokument zwar ausführlich von anderen Mächten (u.a. Russland, China und Indien) und internationalen Organisationen (wie etwa der Weltbank) die Rede ist, dass die – von den USA im Jahre 1945 maßgeblich initiierte – Weltorganisation der Vereinten Nationen jedoch kaum angesprochen wird: Außer einem allgemeinen Hinweis im Vorwort des Präsidenten ist im Papier nur an wenigen Stellen davon die Rede: im Zusammenhang mit Umweltschutz, Entwicklungshilfe und AIDS-Prävention. Am Ende betont das Dokument sogar explizit,

dass sich USA bei „notwendigen Aktionen“ zur Wahrnehmung der eigenen „globalen Sicherheitsverpflichtungen“ nicht durch Maßnahmen des Internationalen Strafgerichtshofes würden einschränken lassen. Ein Hinweis auf die Rolle des Sicherheitsrates der UN als bisher zentrales Organ der internationalen Friedenswahrung fehlt völlig. Stattdessen betont das Dokument, dass die Grundlagen von „Amerikas Stärke zuhause“ liegen. – Mit Schillers Wilhelm Tell lässt sich damit feststellen, dass nach dieser Doktrin „der Starke (...) am mächtigsten allein“ sei.

Entgegen dieser eindeutigen rhetorischen Festlegungen entschloss sich jedoch der amerikanische Präsident George W. Bush Jr. danach, dem Drängen seiner zum unilateralen militärischen Handeln gegen den Irak entschlossenen Berater (insb. Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld) nicht nachzugeben; vielmehr folgte er dem Rat von Außenminister Colin Powell (und dem vieler Republikaner der politischen Mitte, z.B. des Sicherheitsberaters von Präsident Bush Sr., Brent Scowcroft), brachte die amerikanische Klage gegen die irakischen Verletzungen der bisherigen, zahlreichen UN-Resolutionen vor den Sicherheitsrat und erreichte nach mehrwöchigen Verhandlungen schließlich eine einstimmig verabschiedete neue Resolution (Nr. 1441). Das darauf in den Irak entsandte Waffeninspektions-Team unter Leitung von Hans Blix bekräftigte die führende Rolle des Sicherheitsrates in der Irak-Krise. Obwohl sich die US-Regierung weiter vorbehielt, nach erwiesenen Verstößen gegen das irakische Regime militärisch vorzugehen, handelte sie zunächst im Rahmen der bisherigen Weltordnung.

Angesichts dieses zunächst offensichtlichen Widerspruchs zwischen politischer Rhetorik und Praxis amerikanischen Handelns lässt sich die weitere Entwicklung der Krise um den Irak als eine Probe auf die „Gretchenfrage“ verstehen: Wie halten es die USA mit der Weltordnung? Wird die einzige Weltmacht in der Auseinandersetzung mit dem Irak ein militärisches Exempel statuieren, d.h. gegebenenfalls einseitig, ohne eindeutige Ermächtigung der Vereinten Nationen, mit militärischen Mitteln das irakische Regime stürzen? Oder werden die USA, wie bereits unter Präsident Bush Sr. während des zweiten Golfkriegs von 1990/91 in grundsätzlichem Einklang mit dem Sicherheitsrat handeln?

In der ersten Phase der Krise, der Verabschiedung der neuen Resolution im Sicherheitsrat und ihrer Umsetzung, fiel die Antwort eindeutig im Sinne der zweiten Alternative aus. Da ein eindeutiges Resultat der Waffeninspektionen jedoch unklar und die Frage strittig blieben, ob eine weitere Resolution vor einem Militärschlag erforderlich sei, war damit über den Fortgang und den Ausgang der Krise keineswegs entschieden.

Über die künftigen Entwicklungen soll hier nicht spekuliert werden. Sinnvoll erscheint es vielmehr, grundsätzlich die Faktoren zu untersuchen, die bisher das Verhalten der USA, d.h. insbesondere des Präsidenten und des Kongresses, bestimmt haben und wohl auch künftig maßgeblich beeinflussen dürften. Diese Bestimmungsfaktoren betreffen erstens die weltpolitische Situation und die Lage im Arabisch-Persischen Golf, zweitens die inneramerikanische politische Konstellation und drittens die Rolle der Verbündeten und Partner der USA.

### **Die weltpolitischen und regionalen Aspekte**

Die gegenwärtige Irak-Krise vollzieht sich unter paradoxen Umständen. Einerseits genießen die USA eine welthistorisch geradezu einmalige Position als militärisch-technologisch unangefochtener, wirtschaftlich mächtigster Staat mit einer weltweiten Präsenz und einem entsprechend starken kulturellen Einfluss. Andererseits hat der Terrorangriff des 11. September 2001 eine spezifische Verwundbarkeit gegenüber unkonventionellen Angriffen demonstriert. Die USA sehen sich seither herausgefordert, dieser neuen Bedrohung in einer Weise zu begegnen, dass die Absichten der Terroristen – die Lähmung und Demoralisierung von Wirtschaft und Gesellschaft der OECD-Welt – durchkreuzt und gleichzeitig verstärkter Schutz für die eigene Bevölkerung gewährt werden. Dieser „war on terrorism“ stellt eine neuartige Form der Kriegsführung dar: Einerseits kommen konventionelle Elemente zum Einsatz, wie etwa das Militär und Spezialeinheiten; andererseits handelt es sich um eine Auseinandersetzung, die in keiner einzigen Schlacht und wohl überhaupt nicht mit traditionellen militärischen Mitteln gewonnen werden kann. Bei diesem Feind handelt es sich nämlich nicht um einen gleichartigen Gegner; vielmehr vertieft die terroristische Bedrohung die bereits aus Partisanenkriegen bekannte asymmetrische Konstellation in der Verfügung über Gewaltmittel und damit die Austragungsform der Feindschaft.<sup>iv</sup> Hinzu kommt die besondere islamistische Begründung der Feindschaft, die aus dem Hass gegen die USA, Israel und „den Westen“ herrührt und im Phänomen der Selbstmordanschläge eine besondere Ausprägung findet.

Die Verbindung zwischen der Terrorismus-Bekämpfung und der Irak-Krise besteht in zwei wesentlichen Momenten: Erstens fürchten US-Sicherheitsexperten seit den Anthrax-Briefanschlägen nach dem 11. September (deren Urheber immer noch nicht identifiziert sind), vor allem, dass terroristische Gruppen über Massenvernichtungswaffen verfügen könnten. Ohne entsprechende Beweise dafür vorgelegt zu haben, wird dem irakischen

Regime zugetraut, sein geheimes Arsenal, insbesondere von B- und C-Waffen, Terroristen zur Verfügung stellen. Zweitens stammen die Angehörigen des terroristischen Netzwerkes aus dem Nahen und Mittleren Osten – insbesondere aus Saudi-Arabien, Ägypten und dem Jemen – und richten sich deren Aktionen gegen die dortige militärische Präsenz der USA sowie deren Unterstützung Israels. Während einerseits die Geduld der Regierung gegenüber dem irakischen Regime Saddam Husseins erschöpft ist, werden andererseits die bisherigen – undemokratischen – Partner der USA mit verstärktem Misstrauen betrachtet. Dies betrifft insbesondere Saudi-Arabien, dessen Regime Angehörige des Terrornetzwerkes finanziell erheblich unterstützt haben soll. Nach dem als Erfolg wahrgenommenen Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan könnte der Sturz Saddam Husseins im Irak zu einer umfassenderen Neuordnung des Mittleren Ostens beitragen – so jedenfalls die Auffassung der „Falken“ in der Regierung Bush.<sup>v</sup>

Sollte sich diese Konzeption durchsetzen, so würde damit eine strategische Neubestimmung der Rolle der USA im Nahen und Mittleren Osten vorgenommen: Unterstützt von regionalen Partnern, wie insbesondere der Türkei und Israel, würden die USA damit ihre bisherige vermittelnde Rolle zwischen dem jüdischen Staat und wichtigen arabischen Partnerregimen aufgeben und wesentlich stärker als bisher auf die eigene Militärpräsenz am Golf setzen. Nach dem Sturz von Saddam Husseins Regime wären die USA außerdem weitaus besser in der Lage, den internationalen Ölmarkt zu kontrollieren und die bisherige Abhängigkeit vom größten Ölförderer Saudi-Arabien zu vermindern.

Diese beabsichtigte Reaktion birgt die Gefahr, dass damit die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus weiter verschärft würde. Bezeichnender Weise propagiert der gemäßigte Flügel innerhalb der Regierung Bush Jr. eine andere Strategie: Regionalpolitisch hält Außenminister Powells Außenministerium an der bisherigen Linie fest, für Israel nicht eindeutig Partei zu ergreifen (und schon gar nicht für dessen Likudgeführte Regierung Scharon), sondern weiter als Vermittler zu agieren. Auf weltpolitischer Ebene schlägt sich die Vorsicht gegenüber unilateralem, insbesondere militärischem Handeln darin nieder, dass der Weg über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und eine engere Abstimmung mit den Verbündeten vorgeschlagen wird. Die „Falken“ halten demgegenüber an dem von Verteidigungsminister Rumsfeld vorgegebenen Kurs fest, wonach „die Mission die Koalition und nicht umgekehrt“<sup>vi</sup> bestimme.



## Die inneramerikanische politische Konstellation

Das Verhalten der Regierung von Präsident Bush Jr. ist keineswegs nur von welt- und regionalpolitischen Erwägungen bestimmt. Bedeutsamer noch erscheinen die Bedingungen in den USA selbst. Auch hier ist von einer geradezu paradoxen Ausgangslage zu sprechen: Dieser Präsident hat seine Wahl nur dank der äußerst knappen Entscheidung des Obersten Gerichts zur Stimmauszählung im Bundesstaat Florida errungen; seit Frühsommer 2001 konnte Bush außerdem auf keine republikanische Mehrheit im Senat mehr zählen, war also noch mehr auf die Zusammenarbeit mit dem Kongress, d.h. Zugeständnisse an ihn, angewiesen. Der 11. September sorgte dann jedoch für eine grundsätzlich geänderte Lage: Nicht nur hatte dieser Präsident nun eine Mission gefunden; auch die Bevölkerung der USA und der Kongress scharten sich angesichts der Anschläge um den Präsidenten als dem Symbol der Nation, der seither präzedenzlose Popularitätswerte genießt. Bush Jr. verstand es so auch, die Zwischen-Wahlen zum Kongress vom November 2002 in eine Demonstration amerikanischen Patriotismus zu verwandeln – eine Strategie, die zwar zu keinen erdrutschartigen Erfolgen der Republikaner führte, die aber doch die normalerweise zu erwartende Stärkung der Oppositionspartei verhinderte und dem Präsidenten eine knappe republikanische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses bescherte.

Bereits zuvor war die Strategie des Präsidenten erfolgreich, im Vorgriff eines möglichen Waffeneinsatzes im Irak die Kompetenzen des Kongresses zur Kriegserklärung zu respektieren und entsprechende Resolutionen beider Häuser einzuholen: Eine klare Mehrheit billigte am 2. Oktober 2002 das Vorgehen der Regierung, nicht ohne jedoch die Zustimmung an deutliche Auflagen zu knüpfen: Die Führung des Landes müsse sich um internationale Rückendeckung, d.h. eine entsprechende Resolution des Sicherheitsrates der UN, und um enge Abstimmung mit den Verbündeten der USA bemühen. Auch danach machte der neue republikanische Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Senat, Richard Lugar, klar, dass er sich weiter um einen überparteilichen Konsens („Bipartisanship“) bemühen und damit dem Handeln des Präsidenten Grenzen setzen wolle.<sup>vii</sup>

Damit wirkte der Kongress weiter als ein wichtiges Korrektiv zu dem von den „Falken“ in der Regierung propagierten unilateralen Handeln und stärkte damit den auf internationale Zusammenarbeit und militärische Vorsicht bedachten Kurs von Außenminister Powell. Diese Haltung entsprach auch dem Meinungsbild in der amerikanischen Bevölkerung von Anfang Oktober 2002, wonach lediglich 23 Prozent ein

notfalls unilaterales militärisches Vorgehen der USA und nur 49 Prozent ein bewaffnetes Handeln im Rahmen der Vereinten Nationen unterstützten.<sup>viii</sup> Damit sind zwei wesentliche Faktoren bezeichnet, die dafür gesorgt haben, dass zumindest vorläufig die Strategie der „Falken“ in der Regierung Bush im Handeln des Präsidenten nicht den – erwarteten oder befürchteten – Niederschlag fand.

### **Die Rolle der Verbündeten und Partner der USA**

Auch einige Verbündeten und Partner der USA haben die Bush-Administration an einem unilateralen Vorgehen zu hindern gesucht. Allen voran bemühte sich der britische Premierminister Tony Blair darum, mit den USA einen engen Schulterschluss zu halten, damit die besondere Beziehung zwischen den beiden Ländern erneut zu bekräftigen und gleichzeitig auf das amerikanische Verhalten einzuwirken. In ähnlichem Sinne arbeitete Frankreichs Präsident Jacques Chirac daran, die USA in den Mechanismus des UN-Sicherheitsrates einzubinden. Auch das Verhalten der rot-grünen deutschen Regierung scheint beim US-Präsidenten einen gewissen Eindruck hinterlassen zu haben: Kurz vor der Bundestagswahl entschlossen sich der deutsche Bundeskanzler und sein Außenminister, eine Rede von Vizepräsident Cheney als Abkehr vom bisherigen Kurs der USA in der Irak-Krise zu interpretieren. Cheneys Rede drückte jedoch nicht die Haltung des Präsidenten aus; sie war vielmehr gedacht als Stärkung der „Falken“-Position angesichts des zunehmenden Drucks zur Mäßigung. In Deutschland dürfte diese Distanzierung gegenüber einem Regimesturz im Irak zum (knappen) Wahlsieg der Regierungsparteien nicht unwesentlich beigetragen haben. Für die zu einem raschen militärischen Handeln entschlossenen Kräfte in der Regierung Bush bedeutete dies einen Rückschlag – der eine deutliche Verstimmung zwischen dem US-Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler und eine erhebliche Belastung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen zur Folge hatte.

Schließlich wirkten auch Russland und China, die anderen ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, auf das Handeln der USA ein: Einerseits trugen sie den Kampf gegen den Terrorismus mit, nicht zuletzt, um eigene terroristische Probleme, ob in Tschetschenien oder in Xinjiang, zu bewältigen; andererseits äußerten sie deutliche Vorbehalte gegenüber einem unilateralem militärischen Handeln der USA im Irak.

Angesichts des ungewissen Ausgangs der Irak-Krise erscheint es für eine abschließende Bilanz zu früh. Zweifellos dürfte jedoch Deutschland, das im Februar 2003 als nichtständiges Mitglied für einen Monat die Leitung des UN-Sicherheitsrats

übernommen hat, als Sicherheitspartner der USA erheblich an Gewicht verloren haben. Von einer Partnership in Leadership, von der Präsident Bush Sr. im Jahre 1989 gesprochen hatte, kann 13 Jahre später bei Präsident Bush Jr. keine Rede mehr sein. Die Folgen dieser internationalen „Selbstmarginalisierung“ einer deutschen Regierung dürften erst später in vollem Umfang sichtbar werden. Nach bisherigen Erfahrungen könnten auf Deutschland erhebliche Lasten zukommen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den zweiten Golfkrieg, an dem sich die Regierung Kohl/Genscher (wegen der damals ungeklärten Verfassungslage) militärisch nicht beteiligt hat. Danach leistete Deutschland (ähnlich wie Japan) Finanzleistungen an die Alliierten im Umfang von annähernd 18 Mrd. DM (darunter 5,5 Mrd. \$ an die USA).<sup>ix</sup>

Die arabischen Staaten in besonderem Maße in Betracht ziehen zu müssen. Solches stand bis zum Ende des Ost-West-Konflikts die Unterstützung wichtiger Staaten im Kampf gegen den Kommunismus und zuletzt vor allem der stabile und präzisere Zugang zur wichtigen Ressource Erdöl sowie die Sicherheit Israels im Vordergrund.

Für die arabischen Staaten wiederum erbringt das Mitwirken an der Aufrechterhaltung des regionalen Status quo einen großen politischen Vorteil. Sie erhalten uneingesprochen die Garantie von Seiten der USA politische Reformen in diesen Ländern nicht zur Voraussetzung einvernehmlicher bilateralen Beziehungen zu machen. Innerhalb der Liebe strategischer Interessen der USA in der Region hatte die Stabilität der regionalen Ordnung eindeutig Priorität gegenüber der immer deutlicher werdenden Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Reformen in der arabischen Welt.

Die Ereignisse des 11. September 2001 veränderten diese Einschätzung schlagartig. Zuerst wurde es offensichtlich, dass neben den autoritären Regimen auch bisher vernachlässigte gesellschaftliche Prozesse in die Kalkulation der amerikanischen Außenpolitik einbezogen werden müssen.

Für Washington ist es auch nach wie vor die Annahme als falsch, dass die Substanz der westlichen

<sup>i</sup> The National Security Doctrine of the United States, Washington, D.C. 2002 (http://www.usembassy.de/usa/etexts/his/nss.pdf, 22.1.2003).

<sup>ii</sup> William Pfaff, A Radical Rethink of International Relations, in: International Herald Tribune (IHT), 03. Oktober 2002.

<sup>iii</sup> National Security Doctrine of the United States, a.a.O., S. 15.

<sup>iv</sup> Hierzu ausführlicher Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek 2002.

<sup>v</sup> So beispielsweise der Berater des US-Verteidigungsministers Richard Perle u.a. in einem Interview in: Die Zeit, 05. Dezember 2002.

<sup>vi</sup> Vgl. z.B. die Rede des stv. Verteidigungsminister Paul Wolfowitz auf der 38. Konferenz für Sicherheitspolitik in München am 2.2.2002, in: Internationale Politik 56 (2002), Nr. 4, S. 99-104.

<sup>vii</sup> Vgl. Brian Knowlton, Senators Urge Care on Iraq War Plans, in: IHT, 01. August 2002.

<sup>viii</sup> Vgl. Harris Poll (24.9.-2.10.2002), in: http://www.finanznachrichten.de/print.asp?id=1410373 (22.1.2003.).

<sup>ix</sup> Vgl. Helmut Hubel, Der zweite Golfkrieg in der internationalen Politik (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 62), Bonn 1991.



## Die USA und die arabische Welt: Gegenseitige Wahrnehmungen im Kontext des Irak-Konflikts

Von Lars Berger

### Nahöstlicher Status quo und amerikanische nationale Sicherheit

Die Beziehungen der USA zur arabischen Welt befinden sich in einer Krise. Die USA konnten bisher ihre wesentlichen Interessen in der Region verfolgen, ohne das vielfältige innenpolitische Versagen der arabischen Staaten in besonderem Maße in Betracht ziehen zu müssen. Stattdessen standen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts die Unterstützung wichtiger Staaten im Kampf gegen den Kommunismus und zuletzt vor allem der stabile und preiswerte Zugang zur wichtigen Ressource Erdöl sowie die Sicherheit Israels im Vordergrund.

Für die arabischen Staaten wiederum erbringt das Mitwirken an der Aufrechterhaltung des regionalen Status quo einen großen politischen Vorteil: Sie erhalten unausgesprochen die Garantie von Seiten der USA, politische Reformen in diesen Ländern nicht zur Voraussetzung einvernehmlicher bilateraler Beziehungen zu machen. Innerhalb der Liste strategischer Interessen der USA in der Region hatte die Stabilität der regionalen Ordnung eindeutig Priorität gegenüber der immer deutlicher werdenden Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Reformen in der arabischen Welt.

Die Ereignisse des 11. September 2001 veränderten diese Einschätzung schlagartig. Zuerst wurde es offensichtlich, dass neben den autoritären Regimen auch bisher vernachlässigte gesellschaftliche Prozesse in die Kalkulation der amerikanischen außenpolitischen Elite einbezogen werden müssen.

Für Washington erwies sich die Annahme als falsch, dass die Stabilität der autoritären Regime im Nahen Osten wenigstens dem Schutz der nationalen Sicherheit der USA diene. Der amerikanischen Nahost-Politik der letzten Jahrzehnte wird zunehmend eine Mitschuld an der Entstehung des gegenwärtigen arabischen Teufelskreises aus repressiven Regimen, anti-westlichen Oppositionsbewegungen und tiefsitzenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen angelastet. Als scheinbarer Garant eines zwischen- und innerstaatlichen Status quo, welcher für breite Mehrheiten in den arabischen Staaten nur wirtschaftliche Misere, politische

Bevormundung und sozialen Abstieg bedeutete, wurden die USA für eine radikalisierte Minderheit zum legitimen Ziel ihrer terroristischen Aktionen. Die Unterstützung nicht-repräsentativer Regierungen erscheint ein wesentlicher Grund für die direkte terroristische Bedrohung durch Gruppen wie al-Qa'ida.

Die Strategie der Zurückhaltung in den Fragen der Förderung von Demokratie und hinreichendem Schutz der Menschenrechte erscheint als eine der Hauptursachen für die direkte Bedrohung der amerikanischen Bevölkerung durch islamistischen Terrorismus und kann daher im Namen des Schutzes der nationalen Sicherheit der USA nicht mehr aufrechterhalten werden.

Es stellt sich die Frage, wie die Regierung in Washington mit autoritären Regimen, die traditionell als Alliierte gelten, umgehen soll, ohne die eigenen strategischen Bedenken in einem veränderten Bedrohungsszenario aufzugeben. Die Suche nach einem möglichen Ausweg aus der Sackgasse amerikanischer Nahostpolitik konzentriert sich in den USA im wesentlichen auf die Analyse der bilateralen Beziehungen zu den beiden wichtigen arabischen Alliierten Saudi-Arabien und Ägypten.

Zu den Problemfeldern, auf die besonders konservative und pro-israelische Forschungseinrichtungen und Mitglieder der Bush-Administration hinweisen, gehört die konstante Verletzung des Rechts auf freie Presse und Meinungsäußerung in allen arabischen Staaten. Zu Recht weisen sie darauf hin, dass lediglich den Stimmen größere Freiheit gestattet wird, die eindeutig anti-amerikanisch und anti-israelisch sind. Besonders offensichtlich wird dies bei einem Blick auf die ägyptische Medienlandschaft. Das Regime in Kairo versucht, mittels der relativ stark kontrollierten Presse von innenpolitischen Spannungen und Problemen abzulenken und Distanz zu einer amerikanischen Politik in der Region zu demonstrieren, die es letztendlich doch unterstützen muss. Für konservative Kritiker ist daher das geringe Ansehen der USA in der arabischen Welt nicht so sehr das Ergebnis einer bestimmten, möglicherweise umstrittenen Politik als vielmehr das Resultat der bewussten Manipulation der Medien und der öffentlichen Meinung in den arabischen Hauptstädten.

Auf dieser Analyse fußt auch eine seit Herbst 2001 laufende Kampagne zur Verbesserung des Ansehens der USA in der arabischen Welt. Ihr wesentliches Ziel ist es, in Zielländern wie Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten und den Golfstaaten durch eigens geschaffene Radio- und Fernsehprogramme und unter Umgehung der staatlichen Medien die Kenntnisse breiter Bevölkerungsschichten über das Ausmaß politischer Freiheit, die Kultur

und das alltägliche Leben in den USA zu erhöhen. Zu Beginn des Jahres 2003 wird diese Kampagne von vielen Seiten als nicht ausreichend angesehen.

Ein weiteres Beispiel für die vorsichtigere Strategie des außenpolitischen Establishments ist die „Nahost-Partnerschaftsinitiative“, die Außenminister Colin Powell im Dezember 2002 startete. Dieses Programm hat die nachhaltige Förderung wirtschaftlicher und politischer Reformen in der Region zum Ziel. Der Erfolg dieses Programms, welches nach Ansicht von Kritikern nicht deutlich genug die Notwendigkeit demokratischer Reformen einfordert, wird auch dadurch erschwert, dass auf arabischer Seite wirkliche Kooperation ohne eine vorherige Lösung des arabisch-israelischen Konflikts nicht möglich erscheint.

### **Arabische Kritik am amerikanischen „Doppelstandard“**

Auf arabischer Seite führen die Versuche der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und die Initiierung von offiziellen Kooperationsprogrammen durch die amerikanische Regierung, solange sie nicht von einem entsprechenden Politikwandel auf internationaler Ebene begleitet werden, nur zur Zementierung des Bildes von einem vermeintlichen amerikanischen „Doppelstandard“. Das Selbstverständnis der USA als einer Nation, die weltweit Freiheit verteidigt, widerspricht den Erfahrungen, welche die Menschen im Nahen Osten mit ihren repressiven, bislang durch die USA unterstützten Regierungen machen mussten.

Für viele Menschen in der arabischen Welt nutzt die Bush-Administration die Frage von Demokratie und Menschenrechten nur, um damit ein geostrategisch motiviertes Vorgehen gegen den Irak und die Duldung der andauernden israelischen Besetzung der West Bank und des Gaza-Streifens zu rechtfertigen.

### **Ein „demokratischer Orkan“?**

Die innerhalb der US-Regierung momentan einflussreichste Denkrichtung der sogenannten „Neo-Konservativen“ glaubt, die angemessene Strategie gefunden zu haben, mit der der notwendige politische Wandel in der Region vorangebracht werden kann, ohne gleichzeitig kurzfristige nationale Interessen aufgeben oder gefährden zu müssen.

Mit Hilfe einer notfalls gewaltsamen Absetzung Saddam Husseins soll ein umfassender Prozess der Demokratisierung im Nahen Osten ausgelöst werden, an dessen Ende sich die aktuellen Probleme amerikanischer Politik in der Region von selbst auflösen. Dieser

Sichtweise widersprechen sowohl das den arabischen Alliierten zuneigende außenpolitische Establishment der Partei der Republikaner als auch Teile der traditionell kritischen amerikanischen „akademischen Linken“.

Für die Befürworter eines Regimewandels im Irak besteht die Chance, dass die Einsetzung eines pro-amerikanischen, mehr oder weniger demokratischen Regimes in Bagdad einen „demokratischen Orkan“ auslöst, der nicht nur das von den „Neo-Konservativen“ ebenfalls verachtete Regime in Saudi-Arabien mit sich reißt, sondern auch durch eine Welle pro-demokratischer Proteste in Kairo, Damaskus und Tripolis die Errichtung einer Reihe von pluralistischen, pro-westlichen Regimen im Nahen Osten und möglicherweise bis weit in den asiatischen Raum hinein mit sich bringt.

Unabhängige Beobachter hingegen weisen darauf hin, dass eine Invasion des Iraks wahrscheinlich den durch zwei Jahre Intifada angeheizten Anti-Amerikanismus in der Region noch weiter verstärken wird. Autoritäre Regime werden davon profitieren können, dass angesichts des „amerikanischen Imperialismus“ in der Region jede Form des Eintretens für politischen Wandel leicht als „unpatriotisch“ gebrandmarkt werden könnte. Die Regime in Saudi-Arabien und Ägypten werden zudem versuchen, als Gegenleistung für die Unterstützung eines militärischen Vorgehens gegen den Irak Zugeständnisse der USA im Hinblick auf den Zwang zur politischen Reform zu erreichen.

Die Gefahr eines verstärkten Engagements der USA im Nahen Osten besteht auch darin, dass mit diesem in noch stärkerem Maße das Bild eines US-amerikanischen Strebens nach Herrschaft in der Region transportiert wird. Dies kann möglicherweise nicht nur die Chancen diplomatischer Anstrengungen der USA in anderen Konfliktfeldern im Nahen Osten verringern, sondern auch, wie am 11. September 2001 geschehen, die USA wieder zum direkten Ziel islamistischer Terroristen werden lassen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der gegen die Hoffnung auf einen „demokratischen Orkan“ im Nahen Osten sprechen würde, ist der Umstand, dass selbst die USA nicht über die politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Kapazitäten verfügen, um eine gleichzeitige politische Umwälzung in mehreren arabischen Ländern unterstützend zu begleiten und mögliche Instabilitäten abzufangen.

Während die genaue Umsetzung in Washington noch umstritten bleibt, wird doch von niemandem ernsthaft bezweifelt, dass politische Reform und Liberalisierung mit dem Ziel einer funktionierenden Demokratie der einzige Weg aus dem eingangs beschriebenen Teufelskreis darstellt. Mit ihrer Hilfe soll einerseits der Einfluss radikaler Gruppen, welcher



aus dem fehlenden politischen Mitspracherecht weiter Teile der Bevölkerung folgt, gemindert und andererseits die mangelhafte Leistungsfähigkeit korrupter arabischer Regierungen verbessert werden. Eine robuste Bürgergesellschaft, in der politische und soziale Freiheiten gewährt und gesellschaftliche Interessenskonflikte gewaltlos ausgetragen werden, erscheint jetzt als einzige Alternative zu autokratischer Herrschaft und oppositionellem Radikalismus.

Der Zusammenhang zwischen dem aufrichtigen und nachhaltigen Engagement für die Wahrung grundlegender Menschenrechte und dem effektiven Vorgehen gegen Extremismus und Terrorismus zum Schutz der Bevölkerung und des Territoriums der USA wird deutlich hergestellt in der mittlerweile genauso bekannten wie umstrittenen Nationalen Sicherheitsstrategie, die im Herbst 2002 von US-Präsident George W. Bush unterzeichnet wurde.

### **Der Fall Saad Eddin Ibrahim**

Zu einem ersten Testfall für die Aufrichtigkeit der neuen Fokussierung auf die Prinzipien von Menschenrechten und Demokratie auf Seiten der USA wurde der Fall des ägyptisch-amerikanischen Soziologen und Menschenrechtsaktivisten Saad Eddin Ibrahim. Dieser verdeutlicht auch die Dilemmata, in denen sich die USA befinden, wenn sie gleichzeitig ihre nationalen Interessen verfolgen und politischen Wandel im Nahen Osten bewirken sollen.

Für Saad Eddin Ibrahim hatte seine langjährige Forschung zur Lage der koptischen Minderheit und die Aufdeckung von massivem Wahlbetrug bei Parlamentswahlen in den 1990er Jahren in Ägypten zur Folge, dass er im Juli 2002 von einem Kairoer Staatssicherheitsgericht in einem Verfahren, das Amnesty International, Human Rights Watch und andere internationale Menschenrechtsorganisationen „politisch motiviert“ nannten, zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde.

Das Bekanntwerden des Urteils löste einen Sturm der Empörung in den USA aus. Der einflussreiche Kolumnist der New York Times, Thomas Friedman, setzte den Fall Saad Eddin Ibrahim in ein Verhältnis mit der Politik der US-Regierung gegenüber dem Irak. Seiner Meinung nach sollte sich die US-Regierung, bevor sie die Befreiung eines ganzen Landes angehe, für die Freiheit eines seiner Staatsbürger einsetzen, dessen einziges Vergehen darin bestand, den demokratischen Idealen zu folgen, für welche die USA stehen möchten.

Der enorme öffentliche Druck sorgte letztendlich dafür, dass Präsident Bush die Gewährung zusätzlicher finanzieller Mittel an die Regierung in Kairo an die rasche Lösung

des Falls koppelte. Im Dezember letzten Jahres gab dann das oberste Gericht Ägyptens dem Einspruch der Familie Ibrahim und deren Antrag auf ein neues Verfahren statt. Dieses soll im Februar 2003 beginnen.

Die Bedeutung dieser Entscheidung der Bush-Administration ist nicht zu überschätzen. Zum ersten Mal in der Geschichte US-amerikanischen Engagements im Nahen Osten setzt die Regierung in Washington öffentlich einen wichtigen Verbündeten wegen der mangelnden Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststandards unter Druck.

Teile der ägyptischen Presse antworteten auf diese unerwartete Haltung Washingtons mit scharfen Angriffen. In verschiedenen Leitartikeln wurde den USA vorgeworfen, lediglich die ägyptische Regierung für deren Weigerung zu bestrafen, der amerikanischen Haltung im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern und gegenüber dem Irak zu folgen. Die Reaktion der öffentlichen Meinung macht deutlich, wie schwer die Aufgabe sein wird, der sich die USA werden stellen müssen.

Den USA obliegt es, ein tragbares Konzept zur angemessenen Herangehensweise an Demokratieförderung in den arabischen Staaten mit ihren verschiedenen Regierungssystemen und unterschiedlichen Entwicklungsgraden in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu entwickeln. Unabhängig vom Ausgang der Krise um den Irak stellt auf internationaler Ebene insbesondere der arabisch-israelische Konflikt ein wesentliches Hindernis für eine nachhaltige Verbesserung des Ansehens der USA im Nahen Osten dar. Ohne eine für beide Seiten akzeptable Lösung wird es den USA schwerfallen, den Druck der engen Allianz mit Israel und den Zwang zu konstruktiven Beziehungen mit den Staaten der arabischen Welt miteinander in Einklang zu bringen.

## Der Irak und die Innenpolitik der USA

Von Michael Dreyer

Wer dieser Tage in den USA einen der großen Nachrichtenkanäle anschaltet, wird vermutlich auf mindestens einem von ihnen einen Bericht über die Inspektionen sehen, eine Debatte über den (vielleicht) kommenden Krieg, einen Ex-Offizier, der die militärische Seite erläutert oder eine Live-Schaltung aus Bagdad. Bei CNN heißt dies „Showdown Iraq“, bei MSNBC „Countdown Iraq“ und beim populärsten Sender, dem Marktführer Fox, „Target Iraq“.

Ähnlich sieht es in den Zeitungen aus: Täglich berichten die New York Times und andere seitenlang über die neuesten Entwicklungen. An den Universitäten debattiert die akademische Elite, und am 18. Januar kamen in Washington und San Francisco zehntausende Demonstranten zur größten Friedensdemonstration zusammen, die jemals vor dem Ausbruch von Feindseligkeiten in den USA stattfanden.

Es gibt also eine lebhaft inneramerikanische Debatte, und doch fehlt etwas: Zum einen nehmen an ihr nur wenige der Politiker teil, die die tatsächlichen Entscheidungen zu treffen haben. Und zum anderen deuten die plakativen Titel der Fernsehsender ein Gefühl der Unausweichlichkeit an. Zwar wird kontrovers diskutiert, doch geschieht dies vor einem Hintergrund, in dem der Krieg beschlossene Sache zu sein scheint.

Umfragen bestätigen dies. Deutliche Mehrheiten (ca. 60%) sprechen sich seit Monaten immer wieder dafür aus, zunächst weiter nach diplomatischen Lösungen der Krise zu suchen. Ebenso große oder größere Mehrheiten rechnen aber auch damit, dass die Diplomatie scheitert und es zu einem Krieg kommen wird. Dieser wiederum wird von abnehmenden, Ende Januar 2003 aber immer noch deutlichen Mehrheiten (gleichfalls ca. 60%) der Amerikaner unterstützt.

Wo bleiben die Politiker in dieser Debatte? Gewiss, einzelne Stimmen sind zu hören. Die Sprecher der Regierung werben für eine harte Haltung, und im jetzt schon großen Feld der Demokratischen Präsidentschaftskandidaten für 2004 wird nach mehr Zeit für die Inspektoren gerufen. Prominente Abgeordnete beider Seiten ohne präsidentielle Ambitionen, etwa der Demokratische Senator Edward Kennedy oder der Republikanische Außenpolitik-Experte Chuck Hagel haben gleichfalls für ein langsames Tempo plädiert. Jim McDermott, Demokratischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus, hat gar eine Reise nach Bagdad

unternommen, um vor Ort die Friedenschancen auszuloten. Und doch sind dies eben nur vereinzelte Stimmen. Das große Problem, das eine lebhaftige Debatte fast unmöglich macht, ist die Tatsache, dass sich der Kongress der USA bereits festgelegt hat. Am 11. Oktober 2002 verabschiedete er mit großer Mehrheit, 296:133 im Repräsentantenhaus und 77:23 im Senat, eine Resolution, die Präsident Bush im wesentlichen freie Hand für einen Militäreinsatz gibt. Wie ist es zu dieser frühen Entscheidung des sonst auf seine Vorrechte bedachten Parlaments gekommen?

Um eine Antwort zu finden, muss man ein wenig in der Zeit zurückgehen. Im Frühjahr 2002 sahen die Chancen für die Partei des Präsidenten im beginnenden Wahlkampf düster aus. Das Jahr war ein sogenanntes „Midterm“-Wahljahr zur Hälfte der präsidentiellen Amtszeit, und zur Wahl stand das gesamte Repräsentantenhaus mit seiner knappen Republikanischen Mehrheit und ein Drittel des Senates, in dem die Demokraten mit einer Stimme führten. Die Wirtschaft war noch nicht von einer Rezession genesen und drohte bereits in die nächste zu gleiten; die Steuersenkungen des Vorjahres hatten, wie von den Demokraten vorhergesagt, keine bleibende Wirkung entfacht; Wirtschaftsskandale berührten auch enge Verbündete des Präsidenten, und Osama bin Laden, dessen Kopf George W. Bush Jr. nach dem 11. September 2001 gefordert hatte, war unverändert auf freiem Fuß.

Dies ist das politische Klima, in dem die Bush-Regierung begann, den Druck auf den Irak kontinuierlich zu erhöhen. An der Festlegung dieses Kurses war nicht nur das außenpolitische Team um Außenminister Colin Powell, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Vizepräsident Dick Cheney beteiligt, sondern vor allem der in Europa wenig bekannte, aber enorm einflussreiche innenpolitische Berater und Freund des Präsidenten, Karl Rove. Die kühne und taktisch brillante Entscheidung, die Konfrontation mit dem Irak in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken, traf die Demokraten vollkommen unvorbereitet. Wochen verstrichen, in denen die Sprecher der Regierung die Parameter der Debatte weitgehend festlegten, ohne durch die Führer der Demokraten im Kongress daran gehindert zu werden.

Im Sommer 2002 gaben die Demokraten dem Präsidenten damit genug Zeit, um zumindest die kurzfristige Unterstützung der Öffentlichkeit herzustellen. Hier soll nicht spekuliert werden, ob das einer Inszenierung von Karl Rove entsprach. Immerhin ist Saddam Hussein keine Medienerfindung, sondern ein blutiger und brutaler Diktator, der unzählige Menschen auf dem Gewissen hat, mehrere Kriege vom Zaune brach, Giftgas gegen seine eigene Bevölkerung eingesetzt und seit 12 Jahren zahllose UN-Resolutionen verletzt hat.

Das Weltbild des tief religiösen amerikanischen Präsidenten ist stark von einer gut/böse-Dichotomie geprägt, und Saddam Hussein steht nicht ohne Berechtigung ganz oben auf der Liste des personifizierten Bösen.

Aber es lässt sich auch nicht übersehen, dass die Verschärfung der Irak-Debatte zu keinem innenpolitisch günstigeren Moment hätte kommen können. Sie lenkte von der desolaten Wirtschaftslage ab, überraschte die führunglosen Demokraten und brachte die Wähler dazu, sich hinter den Präsidenten zu stellen. Langfristig werden die Meinungen jedoch differenzierter; bei steigendem Informationsangebot werden komplexe außenpolitische Fragen auch von der Öffentlichkeit als komplex wahrgenommen. Aber in den entscheidenden ersten Wochen im Sommer und Herbst war es der überparteiliche Instinkt der Amerikaner, den Präsidenten zu unterstützen. Dies galt um so mehr, als die Irak-Krise im Bewusstsein der Amerikaner anfangs nicht vom Krieg gegen den Terrorismus zu trennen war. Für viele Amerikaner, und sicherlich für George Bush, geht es gar nicht darum, ob ein Krieg gegen den Irak jetzt begonnen wird. Für sie hat der Krieg am 11. September 2001 begonnen.

Diese Haltung beeinflusste auch die Politiker beider Parteien. Vieles in der Politik ist nicht so sehr eine Frage der Inhalte, sondern des richtigen Zeitpunkts. Vor diesem Hintergrund war die von Karl Rove ersonnene Kampagne über alle Erwartungen erfolgreich. Die Irak-Frage und der Druck auf den Kongress, dem Präsidenten Handlungsfreiheit zuzusichern, eskalierten im September und Oktober 2002, also in der heißen Phase des Wahlkampfes. Die Abrüstung des Irak, der Al Qa'ida-Terrorismus und die Pläne für „Homeland Security“ wurden vom Präsidenten zu einem einzigen politischen Paket zusammengeschürt. Der Erfolg dieser (unbewiesenen) Verbindung in einer verunsicherten Öffentlichkeit war frappierend.

Die Bedeutung der frühen Debatte im Herbst 2002 reicht aber weit über den Wahltag hinaus. Mit der Abstimmung im Kongress haben sich die meisten Politiker festgelegt, vielleicht nicht für alle Zeiten, aber doch zumindest für die unmittelbare Gegenwart. Manchmal ist es nicht so wichtig, wie ein Politiker sich festlegt – aber nachdem es geschehen ist, verpflichtet ihn der politische Überlebensinstinkt zur Konsistenz. Wer im Oktober für die bedingungslose Ermächtigung des Präsidenten gestimmt hat, kann nicht im Februar dagegen sein – oder er müsste erklären, was sich seitdem grundlegend geändert hat. Und selbst dann hätte er mit dem Meinungswechsel jedem potentiellen Gegenkandidaten ein Argument für den nächsten Wahlkampf geliefert. Damit fehlen der innenpolitischen Debatte in den USA

zwar nicht die intellektuellen, akademischen und journalistischen Teilnehmer, wohl aber weitgehend die politischen Führer, die eine bloße Debatte in politische Taten umsetzen könnten. Die Argumente der Debatte sind nicht viel anders als in Europa: Die Kriegsgegner verlangen mehr Zeit für die Inspektoren, das von Bush behauptete Recht der USA zu unilateralem Vorgehen wird bestritten und statt dessen eine Zustimmung der UN zu jeder Aktion gefordert, die Diskrepanz zwischen den Drohungen gegen den Irak und der weichen Linie gegenüber dem weit bedrohlicher erscheinenden Nord-Korea wird hervorgehoben, die Kosten und Schrecken eines möglichen Krieges werden ausgemalt und die mangelnde Unterstützung durch die Verbündeten wird als Argument für eine vorsichtige amerikanische Politik herangezogen. Umgekehrt verweisen die Befürworter einer harten Linie innerhalb und außerhalb der Bush-Regierung auf die Berechtigung, amerikanische Sicherheitsinteressen unilateral zu verfolgen, auf die geistige und militärische Schwäche des „alten Europa“ (Donald Rumsfeld), auf die Irrelevanz der UN und vor allem auf den terroristischen Charakter des Diktators von Bagdad. Dahinter steht aber vor allem immer wieder eines: Der Kongress hat sich bereits im Oktober selbst ausgeschaltet, als er dem Präsidenten freie Hand gab.

Wahrscheinlich werden die Kriegsgegner mit ihren Vorstellungen keinen direkten Einfluss ausüben können. Nachdem die politische und rechtliche Weichenstellung erfolgt ist, liegt es allein an Präsident Bush, ob er seine Vollmachten ausüben will. Aber wie sieht es mit indirekter Einflussnahme aus?

Die Umfragewerte zeigen, dass die Unterstützung für die harte Haltung des Präsidenten abnimmt, je mehr er seine Position erläutert. Die Entfernung Saddam Husseins wird mit überwältigender Mehrheit gewünscht, und ungefähr die Hälfte der Amerikaner würde momentan auch eine unilaterale amerikanische Militäraktion mittragen. Aber dies heißt andererseits, dass die andere Hälfte bereits jetzt skeptisch ist und dass Präsident Bush mit einer von Anfang an gespaltenen Nation in den Krieg ziehen müsste.

Diese Werte müssen einem Präsidenten, der im November 2004 wiedergewählt werden will, zu denken geben. Die Unterstützung für den Krieg ist weich, und sie kann jederzeit ins Gegenteil umschlagen. Zudem steht dem Präsidenten immer das Schicksal seines Vaters vor Augen, der nach dem Golfkrieg 1991 als Held dastand, 1992 im Wahlkampf aber sang- und klanglos unterging. Entscheidet sich der jüngere Bush für den Krieg, sind zwei gegensätzliche Szenarien (und verschiedene Übergänge zwischen ihnen) denkbar. Gibt es einen schnellen Sieg ohne große amerikanische Verluste und einen erfolgreichen Regimewechsel im Irak, ist aus innenpolitischer Sicht zunächst einmal alles in Ordnung. Wenn dies aber nicht geschieht,

wenn der Krieg viele amerikanische Tote verlangt, wenn Saddam gar erfolgreichen Widerstand leisten sollte, wenn es ein langwieriges Besatzungsregime gibt oder wenn die Kosten eine verschärfte Rezession hervorrufen, dann sieht dies alles anders aus.

In diesem Fall kann man sicher sein, dass auch die bislang sechs Demokratischen Präsidentschaftsbewerber sehr schnell ihre Deckung aufgeben werden. Die meisten von ihnen haben sich in ihrer innenpolitischen Risikoabwägung zunächst auf die Seite des Präsidenten geschlagen. Hier spielt das Gespenst des Golfkriegs von 1991 eine Rolle. Damals war das Land vor Kriegsbeginn noch tiefer gespalten als heute, und manch ein Hoffnungsträger der Demokraten setzte auf die Opposition zum Krieg. Nach dem unerwartet einfachen und schnellen Sieg der Koalition waren die Präsidentschaftsträume für alle damaligen Kriegsgegner beendet, und ein unbekannter Kriegsbefürworter und Gouverneur von Arkansas, Bill Clinton, war der Nominierung ein gehöriges Stück nähergekommen.

Diesen Fehler hat heute keiner der chancenreichsten Demokraten wiederholen wollen. Sie alle aber haben in unterschiedlicher Intensität dafür plädiert, den UN-Inspektoren mehr Zeit zu geben, keinen Krieg ohne UN-Mandat zu beginnen und schon gar nicht ohne breite internationale Koalition. Anders gesagt: Sie haben die Grundlagen dafür gelegt, Präsident Bush bei einem erfolgreichen Krieg zu unterstützen, bei einem Umschlag der öffentlichen Meinung aber die Spitze der Kritik zu übernehmen.

Sicherlich werden diese Positionierungen für die „Debatte danach“ dem Präsidenten und seinem Wiederwahl-Strategen Rove zu denken geben. Kurzfristig tragen sie allerdings dazu bei, die Entscheidungsfreiheit von Bush zu stärken. Die Vorsicht der Demokraten schaltet den Kongress als institutionellen Gegner des Kriegskurses praktisch aus.

Innenpolitische Debatten im Vorfeld von Kriegen orientieren sich immer auch an der letzten militärischen Auseinandersetzung. Vor dem Golfkrieg von 1991 war es die Erinnerung an das Desaster von Vietnam, die die Kriegsgegner bewegte. Die heutige Unterstützung für Bush rührt nicht nur vom Trauma des 11. September her, sondern auch von der Erinnerung an den letzten Golfkrieg und die fast an ein Videospiel gemahnenden Bilder der „chirurgischen Schläge“, die die Schrecken des Krieges verbargen. Natürlich hilft es auch, dass es sich immer noch um den gleichen Übeltäter handelt. Das Feindbild „Saddam“ musste also nicht mehr eigens aufgebaut werden, es wurde nur noch durch die Terroranschläge erweitert.

Gleichwohl, die unsichere Basis der Unterstützung, die im Hintergrund wartenden innenpolitischen Gegner von 2004 und die drohende Rezession werden ihren Eindruck

zumindest in den internen Diskussionen der Bush-Regierung nicht verfehlen. Sollte sich Bush wider Erwarten gegen einen Krieg entscheiden, werden es diese innenpolitischen Überlegungen gewesen sein, die ihn davon abhalten könnten und nicht die internationale Kritik. Dass Deutschland und Frankreich sowie die anderen alteuropäischen Kriegsgegner irrelevant sind, ist nicht nur die undiplomatisch herausposaunte Auffassung von Verteidigungsminister Rumsfeld, sondern auch die von Bush. Es ist eine ernüchternde Realität, dass der Bundesstaat New Hampshire, wo 2004 der Präsidentschaftswahlkampf in die entscheidende Phase gehen wird, mehr Gewicht in den Überlegungen über Krieg und Frieden hat als die großen Nationen Europas.



# Der Irak-Konflikt und die Ordnung der Weltpolitik

## Der Konflikt um den Irak und die Vereinten Nationen

*Von Klaus Dicke*

Die derzeitige Krise um den Irak kann als Indikator dafür gelten, welche Rolle die Vereinten Nationen in der sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts neu formierenden globalen Friedensordnung spielen sollen und spielen können. Denn seit der Sicherheitsrat im August 1990 mit seiner Resolution 661, mit der er auf die Invasion des Irak in Kuwait reagierte, erstmals seine neu erlangte Handlungsfähigkeit unter Beweis stellte, haben sich die „terms of trade“ für sein Handeln in entscheidender Weise verändert. Bei der hier vorzunehmenden Zwischenbilanz der Handlungsfähigkeit der Weltorganisation Ende Januar 2003 sind deshalb vier Kapitel zu behandeln: Erstens muss eine kurze Skizze und Bewertung der seitherigen Irak-Politik des Sicherheitsrates vorgelegt werden. Zweitens sind im Blick auf die Handlungsmöglichkeiten der Weltorganisation die Veränderungen im internationalen System seit Beginn des zweiten Golfkrieges unter Einschluss der amerikanischen Irak-Politik darzulegen. Drittens ist im Blick auf die im Januar 2003 im Vordergrund stehende Alternative: Krieg oder Fortsetzung der Inspektionen die Rechtslage zu prüfen. Da sich jedoch viertens – namentlich auch in der deutschen politikwissenschaftlichen Literatur, vor allem aber in inneramerikanischen weltpolitischen Diskursen – Unverständnis, ja sogar explizite Zurückweisung gegenüber dem Anspruch des Völkerrechts und besonders der Charta der Vereinten Nationen geltend macht, ist zunächst an Geist und Buchstaben dieses Anspruchs zu erinnern.

### Der Imperativ des Friedens und das moderne Friedensvölkerrecht

Art. 2 Ziff. 4 der Charta der Vereinten Nationen legt in einer klaren, gleichwohl aber höchst voraussetzungsreichen Sprache fest: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“. Dieses heute universal geltende, allgemeine Gewaltverbot der Charta wird durch die Einrichtung des Sicherheitsrates (Art. 23 – 26) sowie die Operationalisierung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Kapitel VII und

VIII der Charta ergänzt bzw. in politische Verfahren umgesetzt. Um den Anspruch dieser Kernregelungen des modernen Friedensvölkerrechts zureichend verstehen zu können, sind folgende Prämissen dieses auf den Trümmern zweier Weltkriege entstandenen Regimes zu vergegenwärtigen:

Erstens: Die Charta beseitigt durch diese Regelungen ohne Wenn und Aber das bis 1920 geltende freie Kriegsführungsrecht der Staaten. Einer unilateralen Entscheidung über Krieg und Frieden wird rechtlich der Boden entzogen. Eine Ausnahme stellt nur das unter sehr engen Schranken geltende und unverzüglich durch einen Bericht an den Sicherheitsrat zu „multilateralisierende“ Selbstverteidigungsrecht dar, das freilich seinerseits das Gewaltverbot nicht aufhebt, sondern das in dessen Dienst gestellt wird.

Zweitens: Dem entspricht eine radikale Blickwendung der Charta weg von der Perspektive „Krieg und Frieden“ als gleichberechtigter Optionen der Akteure der internationalen Beziehungen hin zu einem konsequenten Denken vom Frieden her. Der Geist der Charta ist mit jedweder Logik eines „gerechten Krieges“ unvereinbar. Ihr Denken vom Frieden her ist jedoch auch mit der Formel des Westfälischen Friedens „pax optima rerum“ („Frieden ist das höchste Gut“) alles andere als deckungsgleich. Denn Friede wird in der Charta als ein höchst komplexer, Freiheit und Gerechtigkeit umfassender und durch die Etablierung und fortschreitende Optimierung eines globalen Rechtssystems stets neu zu „stiftender“ Zustand konzipiert. Die Herbeiführung einer freiheitssichernden, gewaltminimierenden und gerechten Weltordnung ist die friedenspolitische Zielperspektive der Charta.

Diese Zielperspektive beruht drittens auf dem Grundsatz rechtlicher Einschränkung politischer Macht. Eines der wichtigsten Instrumentarien, die dem Vorrang des Rechts vor der Macht Geltung verschaffen sollen, ist die Multilateralisierung der Entscheidung über den Einsatz von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Dieses Instrumentarium beruht aber gleichzeitig auf der Prämisse, dass das Recht zu seiner Durchsetzung der Macht bedarf. Nur so ist der politische Auftrag des Sicherheitsrates und namentlich die Privilegierung der ständigen Ratsmächte zu erklären und zu rechtfertigen. Das Ziel der Charta ist es, Macht und Recht in eine den Frieden als Rechtsordnung sichernde Balance zu bringen.

Auf der Grundlage des Chartarechts hat sich viertens eine tiefgreifende Veränderung der Bewertung des Krieges vollzogen. Weder die Rechtssprache noch das politische Alltagsbewusstsein zumindest in den meisten Demokratien erkennen heute den „Krieg“ als eine gerechtfertigte oder auch nur zu rechtfertigende politische Option an: Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern ihr Scheitern. Die wohl

größte Herausforderung einer globalen Friedensordnung liegt heute darin, mit dem Scheitern der Politik zu rechnen und Vorkehrungen zu treffen, um gewaltsamer Konfliktaustragung wirksam begegnen zu können, ohne damit zugleich Kriegsvorbereitungen unter neuem Namen zu treffen. Man kann dies als die Aufgabe der Errichtung einer internationalen Polizeigewalt begreifen, sollte jedoch hinzufügen, dass wirksame allseitige Abrüstung sowie vielfältige Maßnahmen der Konsolidierung und Förderung des Friedens durch den Aufbau einer Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit gewährleistenden Weltrechtsordnung eine solche globale Polizeigewalt erst funktionsfähig machen und legitimieren. Nicht mehr und nicht weniger will die Charta der Vereinten Nationen.

### **Die Politik der Vereinten Nationen in Bezug auf den Irak**

Seit dem irakischen Einmarsch in Kuwait hat der Sicherheitsrat mehr als ein Dutzend substantieller Resolutionen in Bezug auf den Irak verabschiedet. Er hat zunächst eine Staatenkoalition autorisiert, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Annexion Kuwaits rückgängig zu machen und Frieden und Sicherheit in der Region wiederherzustellen. Er hat zum Schutz der schiitischen und kurdischen Minderheiten im Irak Schutzzonen eingerichtet. In der Festlegung der Waffenstillstandsbedingungen nach dem zweiten Golfkrieg hat er ein umfassendes Sanktions- und Reparationsregime etabliert und zugleich eine international kontrollierte Abrüstung des Irak angeordnet. Das Sanktionsregime wurde mehrfach angepasst und zuletzt in Richtung auf sog. „intelligente Sanktionen“ modernisiert. Rechtlich stellen die Resolutionen des Rates seit 1990 den Irak unter weitestgehende internationale Kuratel.

Politisch jedoch haben mehrere Faktoren dazu beigetragen, dass der Irak spätestens 1998 wieder zu einem erheblichen „Unruhestifter“ in der Region und weltweit geworden war. Einmal sind die Flugverbots- und Schutzzonen im Irak nicht mit einer eindeutigen Durchsetzungskompetenz flankiert. Faktisch haben die USA und Großbritannien in einem nahezu wöchentlichen Kleinkrieg unter Berufung auf die Res. 661 und 678 die militärische Durchsetzung aus der Luft betrieben. Diese beiden Staaten waren es auch, die seit 1991 die Irak-Politik des Sicherheitsrates, namentlich über den Sanktionsausschuss, bestimmt haben. Das Sanktionsregime wiederum – die zweite Komponente – hat im Irak nahezu verheerende Konsequenzen für die Zivilbevölkerung, nur wenig Folgen jedoch für Saddam Husseins Regime gezeitigt, das seinerseits die Sanktionen propagandistisch ausschlachtete. Nicht zu Unrecht hat die Kritik an den

Sanktionen, die keineswegs von allen Staaten eingehalten wurden, Mitte der Neunzigerjahre zugenommen. Und auch die dritte Komponente, das Abrüstungsregime, hat sich nur anfangs als effektiv erwiesen. Nachdem Saddam Hussein 1998 die Kooperation mit den UN-Waffeninspektoren beendete, konnte nach allem, was wir über das Regime des Irak wissen, eine erneute Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen zumindest nicht glaubhaft ausgeschlossen werden.

Unvollkommene Konzepte einer konsequenten Weltordnungspolitik gegenüber dem Irak sowie ein mangelnder Wille zur Durchsetzung der gegen den Irak verhängten Anordnungen des Sicherheitsrats, zu dem ein weitgehendes (kontinental)europäisches Desinteresse in nicht unerheblichem Ausmaße beitrug, haben dazu geführt, dass in der amerikanischen Außenpolitik gerade nach dem 11. September 2001 die Maxime „Saddam Hussein must be dealt with“ („auch gegenüber Saddam Hussein muss nun gehandelt werden“) an Boden gewann. Doch hatten sich zu diesem Zeitpunkt die weltpolitischen Koordinaten gegenüber dem zweiten Golfkrieg gewandelt.

### **Neue Strukturen der Weltordnungspolitik**

Die nahezu euphorischen Erwartungen an die UN nach dem zweiten Golfkrieg („Neue Weltordnung“) waren bis Mitte des Jahrzehnts angesichts der Vielzahl neuartiger Konfliktlagen auf dem Balkan und in Afrika einer Skepsis gewichen, die man angesichts gescheiterter Aktionen in Somalia, Ruanda und auch auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien eine gewisse Berechtigung hat. Zudem hat sich in den Neunzigerjahren erwiesen, dass ein erfolgreiches Handeln der UN die Entschlossenheit einer handlungsfähigen Staatenkoalition voraussetzt, um äußerst aufwendige Wiederaufbauprogramme nach der Konfliktbeilegung zu tragen. Bosnien, das Kosovo, Ost-Timor und Afghanistan sind bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen insoweit typische Beispiele für Großaktionen der Staatengemeinschaft, die selbst bei rationalster Arbeitsteilung auch Grenzen der Handlungsfähigkeit der Weltorganisation erkennen lassen.

Die heute auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates stehenden Konflikte zeigen ferner, dass die Vorstellung, der Rat müsse sich „nur“ auf ein einmütiges „Mandat“ verständigen, keinesfalls den Realitäten entspricht. Die Unterbindung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Trockenlegen profitabler Konfliktfinanzierungen, der Aufbau regionaler Friedensordnungen, das Durchbrechen teilweise jahrhundertealter Konfliktlinien, die nicht mit nationalen Grenzen identisch sind, und erst recht die

Bekämpfung des transnationalen Terrorismus zeigen, dass die Errichtung und Durchsetzung hochkomplexer Teilordnungen auf der Basis einer globalen Ordnungspolitik gefordert sind. Konflikte sind, was Lösungsperspektiven angeht, nicht mehr isolierbar: eine Terrorismusdefinition wird z.B. so lange scheitern, wie der israelisch-palästinensische Konflikt und der Tschetschenien-Konflikt nicht politisch gelöst sind; Korea und Irak hängen zusammen; gleiches gilt für lokale und regionale Konfliktherde Afrikas. Damit ist insgesamt die politische Anforderung an die Mitglieder des Sicherheitsrates immens gestiegen, so dass man berechtigterweise die Frage aufwerfen kann, ob er in seiner Struktur und auch in der politischen Einstellung führender Mitglieder hinreichend ausgestattet ist.

Diesen Hintergrund muss man sich vor Augen führen, wenn zutreffend die USA als die einzig verbliebene Supermacht bezeichnet wird. Allein die USA treiben in jahrzehntelanger Kontinuität Weltpolitik. Ihr Engagement war bei den großen Konfliktlösungen der Neunzigerjahre – auch in Europa – ausschlaggebend. Zugleich haben die USA seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in einem gigantischen Ausmaße militärisch und vor allem militärtechnologisch aufgerüstet und dabei die europäischen NATO-Partner weit hinter sich gelassen. Die schon in den Neunzigerjahren vorhandenen Tendenzen zum „Unilateralismus“ (erhebliches Misstrauen gegen die UN; extensives Setzen auf nationale Selbstverteidigung) gewannen nach dem 11. September 2001 derart Oberwasser, dass inzwischen in den USA offen über eine Weltmachtrolle jenseits des geltenden Völkerrechts debattiert wird.

Umso wertvoller ist der Kompromiss, der nach langem diplomatischem Ringen im November 2002 im Sicherheitsrat hinsichtlich des weiteren Umgangs mit dem Irak gefunden werden konnte. Die Resolution 1441 des Rates vom 8. November 2002, in der der Kompromiss sich niederschlug, ist denn auch der Ausgangspunkt für die folgende Einschätzung der derzeitigen Rechtslage.

### **Die Rechtslage auf der Grundlage von SR Res. 1441**

Der Sicherheitsrat macht in der Resolution bereits in den Erwägungsgründen deutlich, dass er auf eine volle Einhaltung aller gegen den Irak gerichteten Resolutionen abzielt. Deren Nichtbefolgung wird neben der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Langstreckenraketen nach Art. 39 der Charta als Friedensbedrohung gewertet. Das Kooperationsbereitschaft signalisierende Schreiben des irakischen Außenministers an UN-Generalsekretär Kofi Annan wird als „notwendiger erster Schritt“ einer Korrektur der

irakischen Nichtbefolgung gewertet, und vor der auf Kapitel VII verweisenden Schlussformel der Erwägungsgründe wird noch einmal betont, der Rat hätte den Auftrag, die volle Befolgung seiner Entscheidungen sicherzustellen („determined to secure full compliance with its decisions“).

Im operativen Teil wird zunächst festgestellt, dass die irakische Zurückweisung einer Kooperation mit den UN-Inspektoren eine Verletzung relevanter Resolutionen, einschließlich der Resolution 687 von 1991, darstelle und ihm eine letzte Gelegenheit eingeräumt werde, seine Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen. Hierfür wird eine verstärkte Kontrollkommission eingesetzt. Innerhalb von 30 Tagen hatte der Irak einen detaillierten Bericht über alle Aspekte der Entwicklung chemischer, biologischer und atomarer Waffen sowie von Abschussvorrichtungen vorzulegen. Fehlinformationen und Auslassungen werden als Verstoß gegen die Resolution betrachtet. Ausführlich werden die Arbeitsbedingungen der Inspektionsgruppe, die dem Rat am 27. Januar berichtet hat, sowie die Kooperationspflichten des Irak geregelt.

Von entscheidender Bedeutung sind die Paragraphen 12 und 13 der Resolution. Nach Paragraph 12 tritt der Rat unverzüglich zusammen, wenn ihm über falsche oder unterlassene Informationen, eine Störung der Inspektionstätigkeit oder eine andere Nichtbefolgung der Abrüstungsverpflichtungen des Irak berichtet wird, um diese Lage und die dann notwendigen Schritte zur Sicherung des Weltfriedens zu überdenken („in order to consider the situation and the need for full compliance with all of the relevant Council resolutions in order to secure international peace and security“). Und in Ziff. 13 ruft der Rat in Erinnerung, dass er den Irak wiederholt vor ernsthaften Konsequenzen bei einer Verletzung seiner Auflagen gewarnt hat („has repeatedly warned Iraq that it will face serious consequences as a result of its continued violations of its obligations“).

Der Sicherheitsrat hat dem Irak auch nur für den Fall kleinster Verletzungen seiner Abrüstungsverpflichtungen und Kooperationsverweigerungen ernsthafteste Konsequenzen androht. Die derzeit entscheidende Frage ist nun, ob es zur Ergreifung solcher Maßnahmen einer neuerlichen Resolution des Sicherheitsrates bedarf. Diese Frage ist aus einer Reihe von Gründen zu bejahen. Zwar hat die Res. 687, auf die ausdrücklich Bezug genommen wird, nur das Inkrafttreten eines Waffenstillstandes geregelt, mithin die Anordnung von Maßnahmen durch Res. 661 nicht aufgehoben; jedoch heißt es am Ende von Res. 687 ausdrücklich, der Rat bleibe mit der Angelegenheit befasst und beschließe, "alle weiteren für die Durchführung dieser Resolution und für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in dem Gebiet erforderlichen Schritte zu unternehmen". Da es weiterhin um eben diese Durchführung geht, ist schon deshalb die

Notwendigkeit einer neuerlichen Resolution des Rates festzustellen. Da ferner keine Bestimmung der Res. 687 automatische Sanktionen anordnet, ist davon auszugehen, dass auch Res. 1441 an dieser Sachlage nichts ändert. Dies gilt auch für frühere auf den Irak bezogene Resolutionen.

Dass die Notwendigkeit einer erneuten Resolution des Rates überhaupt fraglich geworden ist, ist auf zwei Gründe zurückzuführen: erstens auf die amerikanische Doktrin des Präventivschlages und zweitens auf die Präzedenzfälle Kosovo und Afghanistan. Zum ersten Grund ist festzustellen, dass die Doktrin eines Präventivschlages nur in äußerst prekären Situationen der Selbstverteidigung völkerrechtsgemäß sein kann, als generelle außenpolitische Doktrin aber völkerrechtswidrig ist. Was den zweiten Grund angeht, so hatte im Falle des Kosovo ein angedrohtes Veto subsidiäre Handlungsmöglichkeiten der Staatengemeinschaft nahezu zwingend gemacht, und waren im Falle Afghanistans doch zumindest schwerwiegende Bedenken dahingehend geltend gemacht worden, ob die Beseitigung eines Regimes ohne ausdrückliche Anordnung des Sicherheitsrates völkerrechtsgemäß sei. Wie immer man beides heute beurteilen mag, als Präzedenzfälle für eine neue Rechtslage taugt weder der Fall Kosovo noch der Fall Afghanistan.

## Fazit

Was ist damit das Fazit der vorgetragenen Überlegungen? Erstens ist nach wie vor festzuhalten, dass der Sicherheitsrat mit Res. 1441 das Heft des Handelns wieder an sich genommen hat. Zweitens ist festzustellen, dass ein militärisches Vorgehen gegen den Irak einer erneuten Resolution des Sicherheitsrates bedarf. Drittens ist darauf hinzuweisen, dass das Inspektionsregime bislang insoweit erfolgreich war, als es Lücken in den Berichten des Irak und Versäumnisse der irakischen Regierung aufgewiesen, nicht aber den Nachweis einer unmittelbar vom Irak ausgehenden und deshalb Maßnahmen der Selbstverteidigung rechtfertigenden Bedrohung geliefert hat. Krieg gegen den Irak wäre deshalb nach heutigem Kenntnisstand eine unverhältnismäßige und völkerrechtlich keinesfalls zu rechtfertigende Antwort.

Indessen bleiben Fragen: Erstens die Frage, wie lange der Krieg gegen die irakische Zivilbevölkerung – denn nichts anderes bedeuten die Folgen der Sanktionen letztendlich – noch weitergehen soll. Und zweitens die Frage, ob man Saddam Hussein noch einmal Gelegenheit geben darf, das Spiel der letzten fünfzehn Jahre zu spielen. Wer heute die USA anklagt, sollte auch fragen, welche Antworten Europa, das bei einem Beitritt der Türkei zur EU zum Nachbarn des Irak wird, auf diese beiden Fragen parat hat.

Literatur:

Die Resolutionen des Sicherheitsrates sind in deutscher Sprache abgedruckt in der Zeitschrift "Vereinte Nationen".

Gerhard Beestermöller, Krieg gegen den Irak – Rückkehr in die Anarchie der Staatenwelt? Ein kritischer Kommentar aus der Perspektive einer Kriegsächtungsethik, Stuttgart 2002.

Michael Bothe, Militärische Gewalt als Instrument der Konfliktregelung: Versuch einer rechtlichen und politischen Ordnung zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Sabine von Schorlemer (Hrsg.), Praxis-Handbuch UNO. Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen, Berlin 2003, 13 – 26.

Michael Brzoska, Der Schatten Saddams. Die Vereinten Nationen auf der Suche nach zielgerichteten Sanktionen, in: Vereinte Nationen 2/2001, 56 – 60.

Klaus Dicke, Peace Through International Law and the Case of Iraq, in: Gerhard Beestermöller/David Little (eds.), Iraq – Threat and Adequate Reaction, Münster 2003 (im Erscheinen).



## Die „letzte Chance“:

### Das diplomatische Ringen um die UN-Resolution 1441

*Von Manuel Fröhlich*

Die Verhandlungen um die Sicherheitsratsresolution 1441 dauerten über zwei Monate, in denen sich die Diplomaten in New York und diversen Hauptstädten trafen, während Außenminister und Regierungschefs rund um den Globus reisten und telefonierte. Das diplomatische Ringen schlug sich in unterschiedlichen Formulierungen, Resolutionsentwürfen und sprachlichen Nuancen nieder. Der Verhandlungsprozess, die Streitpunkte und Interessenlagen der Sicherheitsratsmitglieder machen deutlich, dass die Entscheidungsfindung im Gremium, dem nach Artikel 24 der Charta die Hauptverantwortung für den Weltfrieden übertragen ist, sich keinesfalls in der unstrittigen Auslegung rechtlicher Grundsätze erschöpft, sondern ein eminent politischer Prozess ist. Als sich die USA im Spätsommer 2002 entschieden, ihr weiteres Vorgehen gegenüber dem Irak auf die Ebene der Vereinten Nationen zu führen, gab es keinen Konsens über die Notwendigkeit geschweige denn den Inhalt einer UN-Resolution zum Irak. Die Hürde liegt zudem hoch: Für eine Entscheidung des Sicherheitsrates werden neun der insgesamt fünfzehn Stimmen im Rat gebraucht – wobei keines der ständigen Ratsmitglieder (der „Permanent Five“ oder kurz P5: neben den USA, Frankreich, Großbritannien, Russland und China) gegen die Resolution stimmen, also ein Veto einlegen darf.

Vor diesem Hintergrund war die Entscheidung, im Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen, innerhalb der US-Regierung, besonders zwischen dem Außenministerium unter Colin Powell und dem Verteidigungsministerium unter Donald Rumsfeld, umstritten. Die unterschiedlichen Ansichten fußten dabei auch auf einer unterschiedlichen Analyse der Bedrohung, die der Irak darstelle. Ging es um die Verwicklung von Saddam Husseins Regime in die Anschläge des 11. September, um die Unterstützung terroristischer Gruppen, um die weitere Erlangung, Anwendung oder Weitergabe von Massenvernichtungswaffen, um die Unterdrückung von Minderheiten im Irak, um Aggressionspolitik gegenüber seinen Nachbarn, die Gefährdung regionaler Stabilität und Ressourcenvorkommen oder um die wiederholte Missachtung einer Reihe von bindenden Sicherheitsratsresolutionen? Dieses Bündel von Argumentationen verdichtete sich schnell zur Forderung nach einem über die bloße Wiedereinführung der Waffeninspektoren hinausgehenden Regimewechsel im Irak. Nicht nur für ein solches Unterfangen musste

US-Regierung jedoch auch Rückhalt in der Bevölkerung sowie im amerikanischen Kongress erhalten. Am 5. November standen Kongresswahlen an. Die Regierung musste sowohl außen- wie innenpolitisch Überzeugungsarbeit leisten.

Nur nach intensiven Diskussionen setzte sich Außenminister Powell mit seinem Kurs der Einbeziehung der Vereinten Nationen durch. Die dementsprechende Entscheidung zeigte sich in der Rede George W. Bushs Jr. vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. September 2002 – einen Tag nach dem Jahrestag der Anschläge in New York. In dieser Rede machte Bush die Auseinandersetzung mit dem Irak zum Testfall für die Bedeutung der Weltorganisation im Allgemeinen, die durch ständige Missachtung seitens des Irak untergraben werde. Darauf aufbauend machte der Präsident klar, dass die USA im Kontext der UN handeln wollten. Ebenso klar machte er aber auch, dass die Amerikaner ihre eigene Handlungsfähigkeit für den Fall behalten wollen, dass sich der Sicherheitsrat nicht zu erkennbaren Maßnahmen durchringen könne. Diesen konditionalen Multilateralismus - Engagement in den Vereinten Nationen bei gleichzeitiger Betonung einer Option außerhalb der Weltorganisation - kennzeichnete durchgängig die amerikanische Haltung. Bush sprach von weiteren Resolutionen und machte vor diesem Hintergrund in seiner Rede drei Ziele deutlich: die verschärfte Durchsetzung der UN-Resolutionen, die Ermöglichung von weiter gehenden Maßnahmen und der Ausblick auf einen Regimewechsel im Irak.

Der Stein war damit ins Rollen gebracht. Wie würden sich die anderen Staaten verhalten? Bushs Rede war am Wochenende zuvor einzig mit dem britischen Premierminister Tony Blair abgestimmt worden. Der britische Premier unterstützte grundsätzlich die amerikanische Politik, stand damit jedoch weitgehend alleine in Europa. Blair akzentuierte nun die Position Großbritanniens, indem er sich auf die Frage des Terrorismus und der Massenvernichtungswaffen konzentrierte. Seine Regierung veröffentlichte dazu unter anderem Geheimdienstinformationen zu den irakischen Waffenpotenzialen. Blairs Außenminister Jack Straw betonte zeitgleich in einem Radio-Interview, dass man unter Regimewechsel ja auch die Entwaffnung des Irak verstehen könne, da eine solche Maßnahme zweifelsohne den Charakter des Regimes verändern würde.

Russland dagegen lehnte zu diesem Zeitpunkt die Diskussion weitergehender Maßnahmen gegen den Irak ab. Moskau wollte sich auf die möglichst schnelle Wiederaufnahme der UN-Waffeninspektionen im Irak konzentrieren, für die der Sicherheitsrat bereits mehrere relevante Resolutionen vorgelegt habe. Diese Position wurde zwei Wochen nach Bushs Rede durchaus gestärkt, als der Irak angesichts des

zunehmenden Drucks anbot, mit den Vereinten Nationen „ohne Bedingungen“ über die Rückkehr der Waffeninspektoren in das Land zu verhandeln.

Frankreich verfolgte in dieser Diskussion eine Doppelstrategie: Der grundsätzlichen Versicherung, letztendlich den USA auch militärisch beizustehen, standen durchaus deutliche Kritik am Vorgehen und die Betonung eines Mitspracherechts in der Frage um Krieg und Frieden entgegen. Diese Doppelstrategie äußerte sich schließlich in der Forderung nach zwei getrennten Resolutionen. Eine erste Resolution sollte eine Frist für die Wiederaufnahme der Inspektoren durch den Irak festsetzen. Bei Missachtung könne der Sicherheitsrat in einer zweiten Resolution entscheiden, gegebenenfalls eine militärische Intervention anzuordnen.

Auch China betonte zunächst die Wichtigkeit einer baldigen Rückkehr der Waffeninspektoren in den Irak. Peking begrüßte die Wiedereinschaltung der Vereinten Nationen und unterstrich, dass dadurch Gewaltanwendung möglicherweise überflüssig werde. Grundsätzliche Unterstützung eines Zieles der Bush-Rede (Inspektionen) traf also auf Zurückhaltung (bei den weitergehenden Maßnahmen) und Ablehnung (bezüglich eines Regimewechsels). China legt zudem traditionell großen Wert auf die Beachtung nationaler Souveränität und territorialer Integrität bei allen Anordnungen des Rates. So hatte sich Peking bei der Resolution, die den zweiten Golfkrieg legitimierte, enthalten.

Vor diesem Hintergrund skizzierten die USA und Großbritannien am 26. September einen ersten Entwurf für eine Resolution, der die drei Ziele aus der Bush-Rede schon etwas modifiziert. Dieser Entwurf ging weiterhin von einer Kopplung verschärfter Inspektionen und der Androhung weitergehender Maßnahmen bei Nichtbefolgung aus. Von „Regimewechsel“ in einem konkreten Sinne war dagegen nicht die Rede. Die Wiederaufnahme der Inspektionen und die Offenlegung des Waffenpotenzials durch den Irak sollte an enge zeitliche Fristen, insgesamt 30 Tage, gebunden sein. Die Befugnisse der Inspektoren sollten unter anderem durch drei Neuerungen verschärft werden: 1. Ungehinderter Zugang zu allen Orten im Irak (auch den umstrittenen „presidential sites“), 2. Unterstützung der Inspektoren durch eine eigene militärische Schutztruppe und 3. Integration nationaler Vertreter aus den Ländern der P5 in die Inspektionsteams, die Einsicht in deren Arbeit nehmen könnten.

Bezüglich der weitergehenden Maßnahmen beinhaltete der amerikanisch-britische Entwurf die Formel „all necessary means“, also der Ergreifung aller notwendiger Mittel, zur Durchsetzung der Verpflichtungen falls der Irak, wie in der Vergangenheit, Angaben auslässt, verschleiert oder fälscht – eine in UN-Resolutionen gebräuchliche Umschreibung für den Einsatz auch militärischer Mittel. Großbritannien und die USA strebten damit eine

klare Autorisierung von Militärschlägen an. Frankreich und Russland erhoben schwere Bedenken gegen eine „automatische“ Autorisierung zum Militärschlag. Die Erwähnung der „all necessary means“ war Paris zu eindeutig, da sie jede weitere Entscheidung in das Ermessen der USA und Großbritanniens lege. Neben den ständigen Mitgliedern Russland, Frankreich und China äußerten auch die nichtständigen Mitglieder des Rates, Kamerun, Guinea, Mauritius und Mexiko ähnliche Bedenken. Grundsätzlich für eine verschärfte Wiedereinsetzung der Inspektoren äußerten sich dagegen Bulgarien, Kolumbien, Irland, Norwegen und Singapur. Syrien, das arabische Nachbarland des Irak im Sicherheitsrat, weist zu diesem Zeitpunkt vor allem auf die Dringlichkeit der Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak hin. In Wien verständigten sich derweil die Iraker am 1. Oktober mit Chef-Waffeninspekteur Hans Blix über die Wiederaufnahme der Inspektionen.

Kurze Zeit später gelingt es der US-Regierung jedoch, die Vollmacht zur Kriegsführung vom US-Kongress zu erhalten. Der Präsident wird dabei auf die Ausschöpfung aller diplomatischer Mittel vor einem Militärschlag verpflichtet. Washington gibt sich nun in einigen der Punkte des Resolutionsentwurfes kompromissbereit. Bereits am Tag vor der Kongressvollmacht bietet Außenminister Powell seinem französischen Kollegen Dominique de Villepin an, die umstrittene Drohung mit „all necessary means“ durch das neutralere „serious consequences“ zu ersetzen. Die Verhandlungen dauern nun schon über einen Monat, und Bush selbst schaltet sich durch Telefonate mit Jacques Chirac und Wladimir Putin ein. Deren Zurückhaltung ist jedoch weiter vorhanden. Frankreich geht das amerikanische Entgegenkommen noch nicht weit genug. Mehr noch: Präsident Chirac deutet am Mittwoch der fünften Verhandlungswoche an, dass Frankreich bei Nichtbeachtung wesentlicher Punkte auch von seinem Veto-Recht im Sicherheitsrat Gebrauch machen könnte. Während der amerikanisch-britische Entwurf noch gar nicht offiziell in den Sicherheitsrat eingebracht ist, bleibt Paris bei der grundsätzlichen Forderung nach zwei getrennten Resolutionen.

Die intensiven diplomatischen Bemühungen zwischen den P5 nähren aber inzwischen das Bedürfnis der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, sich ebenfalls in die Verhandlungen einbringen zu können. Hierzu beantragen sie die außergewöhnliche Einladung zu einer offenen Debatte zum Irak im Sicherheitsrat, bei der sich jeder Mitgliedstaat der UN zu Wort melden kann. Diese Debatte beginnt am 16. Oktober, dem Mittwoch, an dem Präsident Bush die Kriegsvollmacht des Kongresses unterzeichnet. Im Sicherheitsrat äußern sich über zwei Tage hinweg Dutzende von Staaten, und eine deutliche Mehrheit der Redner - auch aus der blockfreien Bewegung -

spricht sich gegen die automatische Autorisierung zum Militärschlag aus. Frankreich, Russland und China drängen darauf, dass ein Bruch der Verpflichtungen des Irak nur durch den Chef der Waffeninspektoren festgestellt werden kann.

Schon einen Tag später nehmen die USA und England diese Punkte teilweise auf und bringen einen zweiten, modifizierten Entwurf in Umlauf. Dieser enthält den Verweis auf weitere „Konsultationen“ im Sicherheitsrat vor einem Angriff auf den Irak. Die Erwähnung der „serious consequences“ ermöglicht dagegen die Beibehaltung einer Option außerhalb der UN seitens der USA. Die Passagen um die Befugnisse der Inspektoren werden durch Möglichkeit, Befragungen von Einzelpersonen im Irak und außerhalb des Iraks durchzuführen, erweitert. Dafür verzichtet der Entwurf auf die mögliche Ergänzung der UN-Inspektoren durch nationale Beobachter seitens der P5. Doch auch dieser zweite Entwurf kann die Kritiker noch nicht zufrieden stellen. Der russische UN-Botschafter Lawrow macht ein „Ja“ Moskaus von der Berücksichtigung von insgesamt 17 Änderungsvorschlägen abhängig, bei der Einarbeitung von nur 15 Änderungsvorschlägen stellt er eine „Enthaltung“ in Aussicht. Indirekt hat er damit aber, ebenso wie Frankreich, die Möglichkeit eines Vetos offen angesprochen.

Washington fürchtet nun, dass sich die Diskussion um die Resolution im Kreis zu drehen droht. In der Sitzung am 23. Oktober beschleunigen die Amerikaner das Verfahren und bringen den Text des Entwurfes zusammen mit Großbritannien überraschend offiziell in die Beratungen ein. Besonders Frankreich und Russland zeigen sich empört über diesen Schritt. Eine Woche vor den Kongresswahlen in Amerika schwinden die Aussichten auf eine Mehrheit im Rat zusehends. Die neue Woche bringt jedoch auch Unterstützung für den amerikanischen Entwurf. Am Montag, dem 28. Oktober, sprechen sich Hans Blix und der Chef der Atomenergiebehörde Mohammed El Baradei für verschärfte Konditionen einer erneuten Waffeninspektion aus. In einer Reihe von Telefonaten mit seinen Amtskollegen unterstreicht Powell die amerikanische Bereitschaft zu Konsultationen vor einem Militärschlag. Gleichzeitig macht er wiederum deutlich, die USA wollten sich keine „Handschellen“ anlegen lassen. Neben den intensiven Gesprächen mit den P5 führen Powell und Bush eine Reihe von Gesprächen mit den Staatschefs und Außenministern nichtständiger Ratsmitglieder. Langsam zeichnet sich ab, dass mindestens sieben der nichtständigen Mitglieder im Sicherheitsrat dem britisch-amerikanischen Vorschlag offen gegenüber stehen – unter ihnen Irland, Mauritius, Kamerun und Mexiko, die bisher als unentschieden bis ablehnend galten. Zusammen mit den ständigen Mitgliedern USA und Großbritannien wäre das Quorum für eine Resolution von neun Stimmen erfüllt – wenn kein ständiges Mitglied Veto einlegen würde.

Am Tag nach den amerikanischen Wahlen zum Kongress, die Bush und die Republikaner deutlich gewinnen, gelingt es Powell, den Widerstand des französischen Außenministers gegen die Resolution aufzulösen. Im Zentrum des Kompromisses steht dabei die Versicherung, dass die vorgesehenen Konsultationen vor Umsetzung möglicher „serious consequences“ inhaltlich eng an den Bericht der Waffeninspektoren gebunden werden. Am Mittwoch, dem 6. November, wird der nunmehr dritte Entwurf in den Sicherheitsrat eingebracht und diskutiert. Er enthält unter anderem neue Hinweise auf die Möglichkeit der Aufhebung von Sanktionen und die Bestätigung der irakischen Souveränität – Elemente, die auf Drängen Chinas und Syriens aufgenommen worden sein könnten. Doch auch damit ist die Mehrheit für die Resolution noch nicht gesichert. Präsident Bush führt eine Reihe von Telefonaten, Außenminister Powell und auch UN-Generalsekretär Annan appellieren nun an Syrien, zuzustimmen. Am Freitag, dem 8. November, kommt es zur Abstimmung. Erst auf dem Gang zum Sitzungssaal erfährt der amerikanische UN-Botschafter John D. Negroponte, dass auch Damaskus zustimmen werde. Die einstimmige Annahme der Resolution sendet ein deutliches Signal an den Irak. Der Text der Resolution weist jedoch einige weiterhin strittige Punkte zwischen den Sicherheitsratsmitgliedern auf und sagt insofern ebenso viel über diese wie über den Irak aus. Die Meinungsverschiedenheiten äußern sich denn auch in der erneut aufflammenden Diskussion um eine zweite Resolution nach dem ersten Bericht der Waffeninspektoren.

In einer der unzähligen Sitzungen des Sicherheitsrates fertigte der russische UN-Botschafter eine kleine Zeichnung an, in der das ornamentgeschmückte Wort „Diplomacy“ in drei Bestandteile zerfällt: „Deep“ – „Low“ – „Messy“: scharfsinnig, heruntergekommen und verworren. So unvollkommen und schwierig das diplomatische Ringen um nicht selten mehrdeutige Formulierungen ist, repräsentiert es doch den politischen Konsens und Willen zu einer „letzten Chance“ vor dem Einsatz kriegerischer Mittel.

## Literatur:

Die meisten Angaben über diplomatische Treffen und Initiativen stützen sich auf eine Auswertung der Zeitungsberichterstattung aus International Herald Tribune, dem Economist, der Neuen Zürcher Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Welt und der Tageszeitung in den Monaten September bis November 2002.

Rede Bush 12.09.2002 (über [www.un.org](http://www.un.org))

Rede Annan 12.09.2002 (über [www.un.org](http://www.un.org))

UN SR Res. 141<sup>6</sup> v. 08.11.2002 (über [www.un.org](http://www.un.org))

Dokumentenzusammenstellung in Internationale Politik 12/2002, S. 65-112.

Sapper, Manfred, Ein schwieriger Balanceakt. Russlands Irakpolitik in Zeiten des Anti-Terror-Kampfes, in: Osteuropa (52) 2002, S. 1535-1546.

Szukala, Andrea/Thomas Jäger, Die innenpolitische Steuerung der amerikanischen Irak-Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2003, S. 37-48.

Wood, Michael C., The Interpretation of Security Council Resolutions, in: Max Planck Yearbook of United Nations Law 2 (1998), S. 73-95.

Woodward, Bob, Bush at War, New York 2002.

Ders., Kampf ums Herz des Präsidenten, in: Die Welt v. 27.11.2002, S. 10.

### Welche Rolle spielt der Irak im Kampf gegen den globalen Terrorismus?

Anders als etwa im Falle des Sudan, des Jemen, des ehemaligen Algerien oder auch Libyen, scheinen bislang keine aktiven Verbindungen des irakischen Regimes zu den Terrornetzwerken des transnationalen Terrorismus (z.B. zur al-Qaida) zu bestehen. Dies wird von der internationalen Terrorismusforschung wie auch von nationalen Geheimdiensten vielfach betont. Dennoch spielt der Irak im internationalen Kampf gegen





## Der globale Terrorismus und die Irak-Krise

Von Hartmut Behr

Die gegenwärtige weltpolitische Krise um den Irak und seinen möglichen Besitz von Massenvernichtungswaffen sowie ihr momentan noch offener Ausgang – dritter Golfkrieg oder friedliche Konfliktbeilegung ? – stehen, anders als noch der Zweite Golfkrieg im Jahre 1991, unter anderen Konfliktkonstellationen. So ist die aktuelle Krise nicht ohne die Ereignisse des 11. September 2001 und die ziemlich genau ein Jahr später verkündete neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ der US-Administration unter George W. Bush Jr. zu verstehen und zu beurteilen.<sup>i</sup> Jedoch entschwindet dieser Bezug in den internationalen politischen Debatten dieser Bezug zunehmend der Aufmerksamkeit. Während die gegenwärtige Krise vor allem in Deutschland dahingehend beurteilt wird, dass ein Krieg gegen den Irak den internationalen Kampf gegen den Terrorismus allenfalls erschwere<sup>ii</sup>, so ist, zumindest aus der Sicht der USA, der mit einer militärischen Option ausgeübte Druck auf den Irak hingegen unmittelbar Teil des Kampfes gegen den globalen Terrorismus.

Mehr noch: In der Politik der USA und in ihrem militärischen Druck auf den Irak – die bislang im Rahmen der durch die Vereinten Nationen verbürgten Weltordnung und nicht, wie vielfach falsch argumentiert wird, unilateral gegen sie<sup>iii</sup> stattfindet – spiegelt sich geradezu die nach dem 11. September 2001 entwickelte neue Politik des „war on terrorism“ wieder. Dies ist das Kennzeichen der anders gelagerten und mit der Krise aus dem Jahre 1991 nicht vergleichbaren Konfliktkonstellation. So ging es damals um einen klassischen zwischenstaatlichen Territorialkonflikt durch den Überfall des Irak auf Kuwait und die durch ein UN-Mandat gedeckte gewaltsame Wiederherstellung der territorialen Integrität Kuwaits.

### Welche Rolle spielt der Irak im Kampf gegen den globalen Terrorismus?

Anders als etwa im Falle des Sudan, des Jemen, des ehemaligen Afghanistan oder auch Libyens, scheinen bislang keine aktiven Verbindungen des irakischen Regimes zu den Terrornetzwerken des transnationalen Terrorismus (z.B. zur al-Qa'ida) zu bestehen. Dies wird von der internationalen Terrorismusforschung wie auch von nationalen Geheimdiensten vielfach betont. Dennoch spielt der Irak im internationalen Kampf gegen

den globalen Terrorismus – zumindest aus U.S.-amerikanischer Sicht – eine zentrale Rolle. Und zwar in zweierlei Hinsicht:

Zum einen gilt das irakische Regime nicht nur als Diktatur, sondern geradezu selbst als Terrorregime. Zahlreiche Beispiele aus jüngster Zeit lassen sich hier anführen, zwei seien lediglich genannt: Der Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung im Norden des Irak im Jahre 1991 mag ein Beispiel sein; die Zahlung von 25.000 \$ des irakischen Regimes in den 1990er Jahren an jede Familie eines palästinensischen Selbstmordattentäters gegen Israel und damit die Unterstützung des bewaffneten Terrorkampfes der Hamas und der Hisbollah gegen Israel ein anderes. Insofern belegt die Einbeziehung des Irak in den „global war on terrorism“ die in der neuen „Nationalen Sicherheitsdoktrin“ der USA vom September 2002 dargelegte Strategie, Terrorismus und damit auch den Kampf gegen den Terrorismus nicht nur auf substaatliche, private Akteure, sondern auch auf sog. „Staatsterrorismus“ zu beziehen. Die Abkehr der U.S.-Regierung von dem langjährigen Bemühen,<sup>iv</sup> eine politisch und inhaltlich international konsensfähige Terrorismusdefinition herbei zu führen, wird hier deutlich: Denn statt diesem (bis heute erfolglosen) Bemühen, sieht man seit 1996 bereits, wie „Title 22“ des United States Code, Section 2656F(d) belegt, den Kern von Terrorismus nunmehr in der Methode und in der Art von Gewaltanwendung.<sup>v</sup> Damit wird der Irak zu einem terroristischen Akteur, hier des Staatsterrorismus, und damit zum Gegenstand und Ziel des internationalen Anti-Terrorismuskampfes.

Diese Haltung mag neu und mit den Anschlägen vom 11. September 2001 verstärkt entstanden sein. Ihr politisches Problem liegt u.a. darin, dass damit nicht nur der Irak zum Gegenstand eines „war on terrorism“ geworden ist, sondern eine ganze Reihe anderer Staaten auch zu Zielen werden müsste, wie bspw. der Sudan, der Jemen, Antigua, Barbados und viele mehr.<sup>vi</sup> Der sich seit einigen Wochen zuspitzende Konflikt insbesondere der USA mit Nord-Korea reiht sich in diese Logik ein. Und in der Tat ist davon auszugehen, dass – nimmt man die Szenarien und Strategien ernst, die seit dem 11. September 2001 von internationalen Sicherheitsinstituten durchgespielt werden – der Kampf gegen den Terrorismus eine nachhaltige (welt)politische und gesellschaftspolitische Strukturierungsmacht hat, vergleichbar etwa mit dem Kampf der westlichen Hemisphäre gegen den Kommunismus von den späten 1940er Jahren bis 1989.<sup>vii</sup> Zumindest wäre in den nächsten Jahren dann der Irak weder das letzte noch das einzige Ziel und der derzeitige Irak-Konflikt und seine spezifische Konfliktkonstellation stünde nur am Anfang einer Reihe vergleichbarer weltpolitischer Krisen und Konflikte. Diese Konflikte wären damit keine rein ökonomisch oder im Sinne eines propagierten

Zivilisationskonfliktes religiös-kulturell zu erklärenden Ereignisse, sondern müssten im Rahmen einer neuen sicherheitspolitischen Programmatik verstanden werden: In deren Zentrum steht die Ächtung von und der Kampf gegen eine bestimmte Form politischer, und zwar terroristisch ausgeübter Gewalt.

Zum zweiten – und dies ist für die Verbindung des gegenwärtigen Konfliktes mit der Terrorismusproblematik ebenso bedeutsam – wird eine mögliche Unterstützung transnationaler Terrorismusnetzwerke (unter ihnen u.a. der al-Qa'ida um Osama bin Laden) durch den Irak mit chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen befürchtet. Die Verpflichtung des Irak zur lückenlosen Offenlegung seiner Waffenprogramme und Waffenbestände durch die Resolution 1441 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat auch hierin seinen Grund. Es geht also nicht nur um die berechtigte Furcht, der Irak könnte im zwischenstaatlichen Bereich von diesen Waffen, z.B. gegen Israel, Gebrauch machen und damit, wenn nicht gleich zu einer Bedrohung der westlichen Welt, so doch zu einer Hegemonialmacht im Nahen und Mittleren Osten werden, sondern auch um die Furcht vor einer Verbindung des irakischen Staatsterrorismus mit dem neuen transnationalen Terrorismus.

Dabei warnen die westlichen Geheimdienste seit Beginn der 1990er Jahre vor dem Hintergrund der zerfallenden Sowjetarmeen und der Zunahme von internationalem Waffenhandel und –schmuggel kontinuierlich davor, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände privatorganisierter Terroristengruppen fallen können. Diese Warnungen beziehen sich auch und insbesondere auf chemische, biologische und nukleare Kampfstoffe, wie auch darauf, dass sog. „Schurkenstaaten“ und „failed states“ zur Herstellung derartiger Kampfstoffe fähig geworden sind. Spätestens die Anschläge vom 11. September 2001, aber auch die geplanten bakteriellen Anschläge auf das Wasserversorgungssystem von Rom im März 2002, der Anschlag auf die Synagoge in Djerba und nicht zuletzt die Ricin-Funde im Januar dieses Jahres in London haben nicht nur die selbstmörderische Entschlossenheit der Agenten des transnationalen Terrorismus, sondern auch ihre Fähigkeit demonstriert, Massenvernichtungswaffen zu besorgen, strategisch einzusetzen und gegebenenfalls auch selbst aufzubereiten.<sup>viii</sup> Und selbst wenn bislang keine aktiven Verbindungen zwischen dem irakischen Regime und bspw. der al-Qa'ida nachgewiesen werden konnten, so gibt es dennoch zwei gewichtige Gründe, die es dringlich geboten erscheinen lassen, diese potentielle Verbindung dennoch ernst zu nehmen und für eine Bedrohung des Weltfriedens zu erachten: Denn einmal ist es die Nähe der, wenngleich nur diffus propagandistisch geäußerten, Ideologien des irakischen Regimes unter Saddam Hussein und des islamisch-fundamentalistischen Terrorismus aus

Anti-Amerikanismus und Anti-Zionismus, die die Unterstützung durch Saddam Hussein zumindest für möglich erscheinen lässt. Zum anderen ist es gerade der anonyme Netzwerkcharakter des transnationalen Terrorismus, der dazu führt, dass man zunächst immer nur auf Vermutungen und Wahrscheinlichkeiten angewiesen ist, dass diese Vermutungen, sollten sie sich jedoch als wahr herausstellen, bedrohliche Szenarien offenbaren. Dabei wären transnationale Terrorallianzen mit dem irakischen Regime als einem modern gerüsteten und funktionierenden Staatsapparat um noch vielfaches effektiver und schlagkräftiger als sie es in der Vergangenheit in Allianz mit dem rückständigen und maroden Taliban-Regime in Afghanistan je waren.<sup>ix</sup>

Die Anonymität transnationaler Terrorallianzen bedeutet für die Staatenwelt und den internationalen Kampf gegen den Terrorismus eine neue strategische Herausforderung. Ferner wird hier eine weitere spezifische Konstellation des gegenwärtigen Konfliktes erkennbar, die u.a. erklärt, warum der Terrorismusaspekt aus den politischen Debatten nahezu verschwunden ist, obgleich er zum Verständnis und zur Genese des derzeitigen Konfliktes unentbehrlich ist. Ebenso ist ohne diesen Aspekt das Argument der Prävention, wie es die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ der U.S.-Regierung zum Ausdruck bringt, nicht zu verstehen.

### **Die strategische Herausforderung anonymer Terrornetzwerke**

Die global verbreitete und auf moderne Informations- und Kommunikationstechnologien gestützte netzwerkartige Organisation und Kooperation terroristischer Gruppen untereinander, aber auch mit souveränen Staaten, mit ‚legalen‘ Firmen und eingetragenen Vereinen, mit Banken und zwielichtigen Finanzbehörden, ermöglicht diesen Akteuren eine strategische Anonymität. Aussagen oder gar Prognosen über das „Wann“, „Wo“ und „Wie“ eines Anschlages, über seine Hintergründe sowie über die tatsächliche Bedrohung sind nur als Hypothesen und Wahrscheinlichkeitsaussagen möglich.<sup>x</sup> Dies bedeutet, dass man bei der Aufdeckung derartiger Netzwerke, wenngleich gestützt auf internationales „counter networking“ unter Einbeziehung privater Akteure und umfangreiche Geheimdienstmethoden, solange auf Vermutungen angewiesen ist, bis man tatsächlich etwas aufgedeckt hat. Das politisch Brisante dabei ist der Spagat zwischen zwei Möglichkeiten: Auf der einen Seite ist der tatsächliche Erfolg präventiver Aktionen ziemlich gering. Zudem sind präventive Aktionen schwer zu legitimieren, da sich hypothetische Verdächtigungen von Einzelpersonen, Gruppen oder auch Staaten (bspw. dem Irak) auch als unzutreffend erweisen können. Auf der anderen Seite kann die Vernachlässigung auch

kleinster Vermutungen zu katastrophalen Konsequenzen führen, wie die Entschlossenheit, die Radikalität und auch der „Erfolg“ jüngster terroristischer Anschläge verdeutlichen. Und wer möchte sich vorstellen, was Massenvernichtungswaffen in den Händen derart, selbst mit ihrem eigenen Leben schonungslos umgehender Akteure anrichten könnten?

Vor dem Hintergrund der Anonymität terroristischer Aktivitäten wird folgendes Problem, auch im Falle des Irak-Konfliktes deutlich: Die U.S.-amerikanische und auch die bisherige Politik der Vereinten Nationen bauen zu großen Teilen auf Vermutungen auf und haben – paradoxer Weise entgegen dem Wortlaut der Resolution 1441 –, genau wegen dieser Schwierigkeit bislang auch die Beweislast *auf sich* genommen, im Irak selbst zu prüfen, ob der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt, vertreibt und/oder Programme zu ihrer Herstellung betreibt. Verfolgen die USA und der UN-Sicherheitsrat derartige Vermutungen weiter (und nicht nur im Irak, sondern entsprechend der Logik des „war on terrorism“ zukünftig auch in weiteren Staaten), begeben sich selbst in permanenten Rechtfertigungszwang. Ließen sie sie hingegen außer acht, dann wären Folgerisiken genauso wenig absehbar und kalkulierbar, wie zu führende Kriege oder kleinere Feldzüge. Diese Zwickmühle, die zukünftig bei allen terroristischen Verdachtsmomenten wieder entstehen wird, die daraus resultierende Konfliktkonstellation, ebenso wie die Strategie der Prävention stellen einen zentralen Aspekt der neuen Konfliktkonstellation dar. Dabei bedeutet Prävention nicht mehr, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, „balance of power“ durch Wett- bzw. ausbalanciertes Aufrüsten, sondern aktives Eingreifen und „Einmischen“ auch in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates – so wie es die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ der USA und die jüngsten UN-Resolutionen im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus (s.o. Anmerkung 8) betonen.

<sup>1</sup> The National Security Doctrine of the United States, September 2002, Washington, D.C.

<sup>2</sup> Dazu der deutsche Außenminister Joseph Fischer am 20.01.2003 auf einer Pressekonferenz in New York. Die nicht kalkulierbaren Risiken für die Region Naher und Mittlerer Osten nach einem Militärschlag gegen den Irak würden zu nicht kalkulierbaren Risiken sowie zu einem möglichen Auseinanderfallen der internationalen Anti-Terrorcoalition führen.

<sup>3</sup> Die Zustimmung der USA, nach dem diplomatischen Drängen insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs, den UN-Waffeninspektoren über den in der S Res. 1441 eingeräumten Zeitraum (d.h. rechnerisch den 27. Januar) hinaus noch ca. 4 Wochen Zeit einzuräumen, belegt das bisherige Handeln der USA im Rahmen des Völkerrechts.

<sup>4</sup> Genau seit 1972 und dem damaligen Scheitern der „1972 American Draft Convention on International Terrorism“ in der UN-Vollversammlung.

<sup>5</sup> Die wesentlichen Bestimmungsmerkmale von Terrorismus als Methode und Art der Gewaltanwendung betonen die vier Kriterien der (1) systematischen und (2) Aufsehen erregenden Anwendung von Gewalt (3) gegen Unbewaffnete und Zivilisten zur (4) Verbreitung einer Atmosphäre von Angst und Schrecken.

<sup>6</sup> Man nehme hierzu nur einmal das CIA World Fact Book zur Hand und studiere einzelne Länder unter der Rubrik „transnational issues“ und man bekommt einen Eindruck davon, welche Länder als nächstes betroffen sein könnten. [www.cia.gov](http://www.cia.gov).

- vii Es gibt bereits jetzt vereinzelte Stimmen, die die sich seit gut einem Jahr in den USA, insbesondere durch den sog. „Patriot Act“ aus dem Jahre 2002, entwickelnden gesellschaftspolitischen Tendenzen im Kampf gegen den Terrorismus mit dem Kampf gegen den Kommunismus in der McCarthy-Ära vergleichen.
- viii Dass die Netzwerke der al-Qa'ida auch nach dem Afghanistan-Feldzug, der Vertreibung des Taliban-Regimes, der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit (nicht zuletzt aufgrund der UN Resolutionen A/Res 54/164, A/Res/52/133 und die SR Res. 1267, 1269, 1333 und 1369) sowie der Verstärkung und dem Ausbau nationaler Geheimdienste und Sicherheitsprogramme weiterhin aktiv und handlungsfähig sind, zeigen diese Beispiele eindrucklich.
- ix Der Aspekt, dass Staaten für terroristische Gruppen sog. „Rückzugsräume“ für Trainingslager und zur logistischen Vorbereitung von Attentaten zur Verfügung stellen, spielte bislang im Falle des Irak keine Rolle und konnte nicht nachgewiesen werden, wie bspw. unter dem Taliban-Regime in Afghanistan oder gegenwärtig im Sudan und besonders im Jemen. Im Jemen soll sich die al-Qa'ida in jüngster Zeit gar neu versammelt und organisiert haben. Auch kommen, wie bislang bekannt ist, aus dem Irak keine Kämpfer der al-Qa'ida.
- x Dazu Hartmut Behr, „Neue Organisationsformen des Terrorismus und Ordnungstypologien transnationaler Politik“, in: Petra Bendel/Mathias Hildebrandt (Hrsg.), Im Schatten des Terrorismus. Hintergründe, Strukturen, Konsequenzen des 11. September 2001, Wiesbaden 2002, S. 109-130.

## Vom ewigen Frieden zum ewigen Krieg?

### Die Staaten des Westens und der Sinnwandel des Krieges

Von Michael Henkel

Die Situation der westlichen Gesellschaften, insbesondere Europas, erweist sich heute als widersprüchlich: Einerseits leben sie in einem sicheren Frieden, andererseits haben Gewalt und Krieg nicht nur andernorts zugenommen, sondern sind längst auch für Politik und Öffentlichkeiten der westlichen Gesellschaften andauernd gegenwärtig. Infolge der Globalisierung rücken gewaltsame Konflikte in anderen Weltregionen, aber auch in Europa selbst (Balkan), – die sog. „neuen Kriege“ – näher. Ferner hat der global operierende Terrorismus die Gewalt unmittelbar in die westlichen Gesellschaften getragen. Gewalt beginnt mithin, den Alltag westlicher Gesellschaften und ihrer Politik neu zu prägen. Den folgenden Ausführungen liegt die These zugrunde, dass der Wille zum Kampf, dass Gewalt und Krieg, in absehbarer Zeit für die westlichen Gesellschaften und die Politik ihrer Staaten dauernd gegenwärtig bleiben werden.

#### Die europäischen Staaten und der zivilisierte Frieden

Der Philosoph Thomas Hobbes hat in seinem Buch *Leviathan* 1651 ausgeführt, dass Krieg nicht allein in aktuellem Kampf, sondern in der „bekannten Bereitschaft“ zum Kampf, im Willen zum Kampf, bestehe. Die politische Geschichte der europäischen Neuzeit ist wesentlich davon geprägt, den Willen zum Kampf zu bändigen und an seine Stelle einen dauerhaften Zustand des Friedens in Freiheit zu setzen. Durch viele gewaltsam ausgetragene Konflikte hindurch gelang es den europäischen Völkern, diesen Frieden grundsätzlich zu erreichen, und zwar innerhalb der einzelnen Völker (d.h. zwischen Individuen und Gruppen) sowie zwischen den Völkern.

Die Pazifizierung der Völker selbst wurde durch den neuzeitlichen Staat mit seinem Gewaltmonopol, der Verpflichtung aller staatlichen Politik auf das Gemeinwohl sowie der Bindung der staatlichen Macht an das Recht erreicht. Die Pazifizierung der Beziehungen zwischen den Völkern war demgegenüber schwieriger, doch auch hier wurde schließlich im 19. Jh. der Wille zum Kampf effektiv gebündelt: In dem in Europa entstandenen Staatensystem, dem klassischen „Konzert der Mächte“, entfaltete eine Politik des Gleichgewichts seine Wirkung. Diese Politik, mit der die Übermacht (Hegemonie) eines einzelnen Staates gegenüber den anderen verhindert wurde, führte nach 1815 bis zum

Beginn des I. Weltkrieges zu einem einhundertjährigen Frieden zwischen den europäischen Staaten; einem Frieden, der unterbrochen wurde von lediglich drei kurzen und eng begrenzten Kriegen.

Der Erfolg der politischen Bändigung des Willens zum Kampf im Innern und in den Außenbeziehungen der Staaten ist als Resultat einer spezifisch europäischen Entwicklung anzusehen, als Resultat der europäischen politischen Zivilisation. Mit Blick auf das Verhalten der Staaten untereinander bedeutet dies die wechselseitige Anerkennung als prinzipiell gleichberechtigt und die Orientierung der Außenpolitik am Recht. Dies war eines der entscheidenden Elemente des klassischen Völkerrechts, das sich in der europäischen Staatenordnung zur „Hegung des Krieges“ (Carl Schmitt) herausgebildet hatte, des *Ius Publicum Europaeum*.<sup>i</sup>

### Über Europa hinaus: Der Frieden des Ost-West-Konfliktes

Mit den beiden Weltkriegen brachen die Staatenordnung des alten Europa und das *Ius Publicum Europaeum* zusammen. Nach 1945 hatte sich die politische Situation Europas und der ganzen Welt ebenso grundsätzlich verändert wie das Völkerrecht. Nun war für 45 Jahre der Ost-West-Konflikt der entscheidende Faktor für Krieg und Frieden. In ihm standen sich zwei weltanschaulich entgegengesetzte Staatenblöcke (mit ihren Hauptmächten USA und UdSSR) feindlich gegenüber. Zwar war hier der Wille zum Kampf zwischen den Blöcken deutlich, doch wurde dieser Wille *de facto* gebändigt durch das bipolare Gleichgewicht der Kräfte: Die Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen und die im wesentlichen gleiche militärische Stärke der Blöcke ließ den Willen zum Kampf nicht durchbrechen und verhinderte einen heißen Krieg.

Der Ost-West-Konflikt strukturierte nicht nur die politische Landkarte Europas, sondern die gesamte globale Staatenwelt: Jeder Staat im globalen System wurde auf seine Nähe zu einem der Blöcke hin beurteilt. Die Blöcke, insbesondere ihre Hauptmächte, versuchten dabei, die Staaten außerhalb der Bündnisse (NATO / Warschauer Pakt) für die Interessen ihrer Seite zu mobilisieren, während die jeweiligen Staaten ihrerseits versuchten, ihre Interessen durch eine Positionierung im Koordinatensystem des Ost-West-Konfliktes zu wahren. Dies führte weltweit durch den Einfluss der Großmächte USA und UdSSR zu einer weitgehenden Eingrenzung von Staatenkonflikten.<sup>ii</sup>



## Eine neue Spaltung der Welt? Ewiger Frieden und die „neuen Kriege“

Im Schatten des Ost-West-Konfliktes spielten sich unter anderem zwei Entwicklungen ab: Zum einen entwickelte sich in der westlichen Welt eine Zone des Friedens in Freiheit. Hier eröffnete sich die Aussicht auf einen „ewigen Frieden“, d.h. auf ein dauerhaftes Ende gewaltsamer Konfliktaustragung zwischen den Staaten in dem Sinne, in dem Immanuel Kant in der noch heute aktuellen Schrift *Zum ewigen Frieden* bereits 1795 einen solchen dauerhaften Frieden als Möglichkeit formuliert hatte. Ein stabiler („ewiger“) Frieden werde sich einstellen, so Kant, wenn (1.) die innere Ordnung der Staaten republikanisch – d.h. dem Gemeinwohl, dem Recht und damit der Freiheit verpflichtet – sei und wenn sich (2.) republikanische Staaten in einem freien Bündnis zusammenfänden. Innerhalb eines solchen Staatenbundes republikanischer Staaten wäre die Kriegsgefahr verlässlich gebannt, weil sich freie Völker untereinander nicht als Bedrohung empfinden müssten. 200 Jahre nach der Publikation der Kantschen Friedensschrift zeigen die westlichen Erfahrungen mit der NATO, dem europäischen Integrationsprozess und der OECD, dass die Realisierung einer den internationalen Frieden sichernden republikanischen Staatenverbindung tatsächlich möglich und dass damit der Wille zum Kampf zwischen den so verbundenen Staaten dauerhaft und verlässlich zu bändigen ist.

Dieser Entwicklung hin zu einem „ewigen Frieden“ in der westlichen Welt stand nach 1945 an den Rändern der westlichen Zivilisationsgemeinschaft eine andere entgegen. Namentlich in der sog. „3. Welt“ brachen immer wieder gewaltsam geführte lokal-regionale Konflikte aus. Deren Eigenart bestand darin, dass sie einerseits innerstaatliche Konflikte waren, zugleich aber vielfach internationale Aspekte und von daher Merkmale zwischenstaatlicher Kriege aufwiesen. Meist gingen sie mit der Instabilität der entsprechenden Staaten einher, die eine friedliche Ordnung im Inneren nicht durchzusetzen in der Lage waren.

Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes hat sich die Brisanz dieser gewaltsamen Konflikte vergrößert, und man schenkt ihnen heute unter dem Titel der „neuen Kriege“ besondere Aufmerksamkeit.<sup>iii</sup> Für diese „neuen Kriege“ gilt vor allem als charakteristisch, dass sie von privaten Kriegsherren und ihren Truppen betrieben werden, für die der Krieg vor allem ein Geschäft (und nicht ein Kampf um bestimmte politische Ziele) ist – weshalb sie kein Interesse an einer Beendigung der Gewalt haben. Die Befriedung der „neuen Kriege“ ist daher außerordentlich schwierig, was einen entscheidenden Grund eben darin findet, dass das Gewaltmonopol der betroffenen Staaten zusammenbricht und diesem Zusammenbruch meist kein wirksamer Wille zum

Frieden entgegensteht. Angesichts dieser allgemeinen Situation – und abgesehen von den konkreten Umständen im einzelnen Fall – wird man an den Rändern der westlichen Zivilisationsgemeinschaft mit der fortdauernden Existenz der „neuen Kriege“ rechnen müssen.

### **Globaler Terrorismus und der permanente Wille zum Kampf**

Neben den „neuen Kriegen“ hat sich in den vergangenen Jahren der neue globale Terrorismus als eine zentrale Bedrohung für den Frieden weltweit herausgestellt. Es ist insbesondere der gegen den Westen und dessen Führungsmacht USA gerichtete islamistische Terrorismus, der eine existenzielle Herausforderung für den Frieden der westlichen Welt darstellt. Entscheidend ist dabei nicht nur der Umstand, dass sich der neue Terrorismus als ein geradezu unbedingter Wille zum Kampf darstellt, sondern dass er ausgeübt wird von global organisierten sub-staatlichen Gruppen, die sowohl vom Ausland, als auch denjenigen Gesellschaften heraus operieren, die sie bekämpfen. Der terroristische Wille zum Kampf aktualisiert auf der Seite der angegriffenen westlichen Staaten ebenfalls einen Willen zum Kampf. Beschreibt man diese Situation mit der Begriffsbestimmung Hobbes', so erscheint das Verhältnis zwischen Terrorismus und den angegriffenen Staaten tatsächlich als Krieg. Es gilt dabei allerdings zu berücksichtigen, dass dieser Krieg (anders als der Staatenkrieg) ein Verhältnis zwischen Ungleichen ist: Er ist asymmetrischer Natur. Wird also vom „Krieg gegen den Terrorismus“ gesprochen, so hat dies einerseits einen guten Sinn, zugleich aber wird damit das klassische, vom *Ius Publicum Europaeum* geprägte Verständnis vom Krieg als einem Verhältnis zwischen Staaten aufgegeben.

Der globale Charakter des Terrorismus zeitigt für dessen Bekämpfung unterschiedliche Konsequenzen: Sie kann sich letztlich nicht allein auf die polizeilichen Mittel des Staates beschränken, sondern ist zunehmend genötigt, die Außenpolitik in ihren Dienst zu stellen und damit verbunden auch auf diejenigen Sicherheitsorganisationen zurückzugreifen, die im Ausland operieren können (Geheimdienste, Militär). Der „Kampf gegen den globalen Terrorismus“ nimmt so selbst globale Dimensionen an. Mithin hat der terroristische Wille zum Kampf einen auf die globale Perspektive ausgeweiteten, gegen den Terrorismus gerichteten Willen zum Kampf erzeugt. Dementsprechend gilt: Erweist sich der terroristische Wille zum Kampf als dauerhaft, wird daraus ein ebenso dauerhafter Wille zum Kampf gegen den Terrorismus resultieren. Letzterer bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die innere Ordnung der herausgeforderten Staaten, da diese in ihrem

Innern eine Politik der Terrorismusbekämpfung betreiben müssen. Eine solche Politik innerer Sicherheit läuft dabei durchaus Gefahr, Freiheitsräume der Bürger einzuschränken und Freiheit zugunsten der Sicherheit zu beschneiden.<sup>iv</sup> So verändert der „Krieg gegen den Terrorismus“ auch den Charakter des zivilisierten innergesellschaftlichen Friedens in den westlichen Staaten – mit dem Risiko, die Freiheitsprinzipien, auf denen dieser Frieden beruht, allmählich zu unterlaufen.

### **Die Irak-Krise und der hegemoniale Wille zum Kampf**

Die Irak-Krise umfasst eine Vielzahl von Faktoren, deren wichtigste man wie folgt benennen kann: Durchsetzung der UN-Resolutionen gegenüber dem Irak; d.h. insbes. Offenlegung und Kontrolle des irakischen (ABC-) Rüstungsprogrammes; politische (Neu-) Ordnung der Region Naher und Mittlerer Osten ohne regionale Vorherrschaft des Irak und mit Existenzsicherheit Israels; Verhinderung einer Kontrolle der Erdöl-Ressourcen durch das diktatorische Regime Saddam Husseins; Kampf gegen den Terrorismus.

Für die Außenpolitik, besonders der USA, spielen diese Punkte eine Rolle, wobei zur Erreichung der damit benannten Ziele der Einsatz militärischer Gewalt von Anfang an als Möglichkeit betrachtet wurde. Ein der militärischen Option entsprechender Krieg (der USA und ihrer Verbündeter) gegen den Irak offenbart einen für die Zeit nach 1945 neuen weiteren Sinnwandel des Krieges: Ein solcher Krieg lässt sich als Hegemonialkrieg bezeichnen, als Krieg zur Sicherung einer Hegemonialordnung. Das Zentrum dieser Ordnung, der Hegemon, sind die USA als die heute einzige global operationsfähige Weltmacht. Hegemonie meint die politische Vormachtstellung eines Staates, die insbes. aus militärischer und wirtschaftlicher Überlegenheit resultiert.<sup>v</sup> Hegemoniale Politik ist in der Regel nicht gleichbedeutend mit einer Politik territorialer Expansion oder unmittelbarer Beherrschung fremder Staaten – deshalb ist ein Krieg der USA gegen den Irak auch keineswegs ein „Kolonialkrieg“.

Hegemonialpolitik bedeutet in erster Linie Interessendurchsetzung ohne Zwang. Die Effektivität einer solchen Politik resultiert insbesondere aus der Möglichkeit, dass der Hegemon zugleich über Interpretationsmacht und das Potential verfügt, internationale Handlungsalternativen ohne Zustimmung anderer Staaten zu bestimmen. Das bedeutet allerdings nie, dass eine hegemoniale Macht je ganz ohne Rücksicht auf andere Staaten handeln oder dass sie ihre Interessen stets ungehindert durchsetzen könnte – nie ist Hegemonialmacht absolute Macht. Es bedeutet aber, dass die Definition einer internationalen politischen Situation sehr stark bestimmt wird von der Definition dieser

Situation durch den Hegemon – im Falle des Irak-Konfliktes lässt sich dies etwa daran sehen, wie die Politik der USA die Politik der UN immer wieder vorstrukturiert hat. Eine solche Prägung der Situationsdefinition durch den Hegemon engt die Handlungsspielräume gerade auch der mit dem Hegemon verbündeten Staaten ein.

Wo sich aus der Perspektive des Hegemons die Möglichkeiten zwangloser Durchsetzung der Hegemonialinteressen erschöpfen, wird unter bestimmten Umständen eine Politik der Drohung mit und schließlich der Anwendung von militärischer Gewalt – der Wille zum Kampf – eine Option. Genau dies ist für die USA beim Irak-Konflikt der Fall. Eine angemessene Beurteilung hat hier die Sichtweise der Hegemonialmacht in Rechnung zu stellen, um deren Handeln zu verstehen: Die Aufrechterhaltung der hegemonialen Stellung erfordert die gesicherte Kontrolle von Ressourcen, und zwar keineswegs nur von ökonomischen (wie z.B. Erdöl), sondern gerade auch von politischen, rechtlichen und kulturellen Ressourcen. Mit Blick auf die gegenwärtige Weltlage, die Macht der USA und das Fehlen politischer Gegengewichte in der Weltpolitik, ist die Möglichkeit von Hegemonialkriegen bis auf weiteres eine Option der Zukunft, auch wenn solche Kriege sicher nicht zur alltäglichen Außenpolitik der USA werden. Auf ihre Möglichkeit jedoch müssen sich schon um der Sicherung ihres eigenen Einflusses willen auch die mit den USA verbündeten Staaten des Westens einrichten.

<sup>i</sup> Wilhelm. G. Grewe, *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, 2. Aufl., Baden-Baden 1988; L. Dehio, *Gleichgewicht oder Hegemonie*, Zürich 1997.

<sup>ii</sup> Raymond Aron, *Frieden und Krieg*, Frankfurt a.M. 1986.

<sup>iii</sup> Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002.

<sup>iv</sup> Heribert Prantl, *Verdächtig. Der starke Staat und die Politik der inneren Sicherheit*, Hamburg 2002.

<sup>v</sup> Siehe dazu die klassische Studie von Heinrich Triepel, *Die Hegemonie*, Neudr., Aalen 1974.

# Regionale und internationale Auswirkungen des Irak-Konflikts

## Die Irak-Krise und die regionalen Ordnungen des Nahen und Mittleren Ostens

*Von Markus Kaim*

In dem irakischen Bemühen, Massenvernichtungswaffen zu erwerben, das im Mittelpunkt des gegenwärtigen Konfliktes zwischen dem Irak einerseits und den Vereinten Nationen sowie den Vereinigten Staaten andererseits steht, spiegelt sich der Anspruch Bagdads wieder, eine regionale Führungsmacht der arabischen Welt zu sein. Ferner spielt dabei das Bemühen eine Rolle, eine militärische Handlungsoption gegenüber Israel zu besitzen. Das irakische Rüstungsprogramm ist also unmittelbar das Ergebnis regionaler Handlungslogiken im Nahen und Mittleren Osten. Umgekehrt könnte ein dritter Golfkrieg fundamentale Auswirkungen auf genau diese Handlungslogiken der beiden regionalen Ordnungen besitzen.<sup>1</sup>

### **Der Irak-Konflikt und der arabisch-israelische Friedensprozess**

Das irakische Regime unter seinem Präsidenten Saddam Hussein hat sich in den vergangenen Jahren als schärfster Gegner Israels und des arabisch-israelischen Friedensprozesses zu profilieren gesucht. So hat der irakische Präsident niemals das Existenzrecht Israels anerkannt und immer wieder angedroht, den jüdischen Staat mit Hilfe von Massenvernichtungswaffen auszulöschen. Diese Drohungen gingen mit der Forderung einher, dass die Palästinenser einen eigenen Staat erhalten müssten. Zudem zahlte der Irak während der 1990er Jahre jeder Familie eines palästinensischen Selbstmordattentäters 25.000 \$ und unterstützte damit den bewaffneten Kampf gegen Israel. Dieses "Eintreten" für das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung besitzt eine wichtige legitimatorische Funktion für Bagdad: Wer innerhalb der arabischen Welt nicht nur Israel, sondern auch die USA politisch herausfordert, kann für sich beanspruchen, in dieser Region eine Führungsmacht zu sein.

Das irakische Bestreben, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, wird in Jerusalem bereits seit über zwanzig Jahren als eine Bedrohung der israelischen

Sicherheit wahrgenommen und bot bereits die Grundlage für eine Militäraktion Israels: Am 7. Juni 1981 bombardierte die israelische Luftwaffe den noch im Bau befindlichen irakischen Nuklearreaktor Osirak und warf damit das Nuklearprogramm Husseins um Jahre zurück. Dennoch galt Israel weiterhin als ein bevorzugtes Ziel der irakischen Rüstungs- und Militärpolitik, wie die Raketenangriffe auf israelische Städte im Frühjahr 1991 während der von den USA angeführten Befreiung Kuwaits unterstrichen. Die anhaltende antiisraelische Rhetorik Husseins war nicht nur ein wichtiger Grund für das israelische Drängen, die seit dem Dezember 1998 unterbrochenen Waffeninspektionen im Irak jetzt wieder aufzunehmen, sondern verstärkte auch in den USA entsprechende Stimmen. Denn auf Grund der engen amerikanisch-israelischen Beziehungen begreifen sich die USA als Schutzmacht der politischen Souveränität und territorialen Integrität Israels. Daher ist ein zentraler Grund für die verschärfte Irak-Politik der Bush-Administration die irakische Politik gegenüber Israel.<sup>ii</sup>

Die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger in Jerusalem als auch Beobachter in den israelischen Medien gehen davon aus, dass Israel im Falle eines Krieges wie bereits 1991 Ziel eines irakischen Angriffs würde und bereiten die Bevölkerung entsprechend vor. So sind bereits in größerem Umfang Gasmasken verteilt, Sicherheitsräume modernisiert und Sicherheitskräfte gegen biologische Kampfstoffe geimpft worden. Ministerpräsident Ariel Scharon hat keinen Zweifel daran gelassen, dass Israel - anders als 1991 - nunmehr im Falle eines irakischen Angriffs zurückschlagen werde, mehr noch: Eine Attacke mit biologischen oder chemischen Waffen würde automatisch einen israelischen Nuklearschlag nach sich ziehen.<sup>iii</sup>

Schwierig einzuschätzen ist die mögliche Wirkung eines von den USA bewirkten Regimewechsels in Bagdad auf den arabisch-israelischen Friedensprozess: Einerseits würde ein wichtiger Eckpfeiler aus der anti-israelischen Front der arabischen Welt herausgebrochen, Israels Sicherheitsbedürfnisse befriedigt und damit sicherheitspolitischer Druck von der Regierung Scharon genommen. Damit bestünde für die Bush-Administration die Möglichkeit eines Neubeginns des arabisch-israelischen Friedensprozesses, wie er dem nach dem Zweiten Golfkrieg 1991 ähnelte: Damals ging eine von Ministerpräsident Jitzhak Schamir angeführte konservative Regierung aus dem Krieg gestärkt hervor und die Palästinenser waren durch ihre Parteinahme für Hussein politisch geschwächt. Beide Parteien einigten sich anschließend unter amerikanischer Vermittlung auf die Aufnahme bilateraler Verhandlungen, die schließlich zu den weitreichenden Autonomievereinbarungen der 1990er Jahre führten. Andererseits befindet sich Scharon jedoch in einer Koalitionsregierung mit Parteien, die aus religiösen

Gründen nicht bereit sind, israelische Siedlungen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen zu räumen und den Palästinensern einen eigenen Staat einzuräumen. Ob diese nach einem irakischen Regimewechsel zu Konzessionen bereit sein werden, erscheint zweifelhaft. Zudem würde ein neuer Irak-Krieg in den arabischen Gesellschaften - losgelöst von einem möglichen Kriegsausgang - bereits existierende Widerstände gegen die Nahost-Politik der USA und die Haltung ihres regionalen Verbündeten Israel vertiefen. Dies würde die notwendige Bereitschaft der arabischen Akteure zu einer Regelung des arabisch-israelischen Konflikts verhindern und die Auseinandersetzung für auswärtige Vermittlungsbemühungen mittelfristig verschließen.<sup>iv</sup>

### **Der Irak-Konflikt und die territoriale Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens**

Bei dem gegenwärtigen Irak-Konflikt handelt es sich nicht um einen Territorialkonflikt wie im Fall des Zweiten Golfkriegs 1991. Damals hatte der Irak das Staatsgebiet Kuwaits besetzt und dieses als Provinz in das eigene Territorium integriert. Die gegenwärtige Irak-Krise besitzt aber möglicherweise Auswirkungen für die territoriale Ordnung der gesamten Region.

Bei dem Irak handelt es sich um einen ethnisch und religiös heterogenen Staat – ein Ergebnis kolonialer Politik im Nahen und Mittleren Osten: Einzelne Bevölkerungsgruppen wohnen bevorzugt in zusammenhängenden und von einander abgeschlossenen Siedlungsgebieten. Zwei dieser Gruppen könnten den territorialen Erhalt des Irak nach einem Regimewechsel in Frage stellen, nämlich die Kurden im Nordirak und die schiitische Bevölkerungsminderheit im Südirak. Beide Bevölkerungsgruppen haben bereits im Anschluss an den Krieg 1991 versucht, durch Aufstände Autonomie zu erlangen bzw. sich vom Irak abzuspalten. Zwar konnte die irakische Armee diese Bemühungen unterdrücken; die damaligen Unruhen sind jedoch die Grundlage für die Flugverbotszonen im Nord- und Südirak, die die Alliierten im Anschluss an den Krieg 1991 zum Schutz der beiden Bevölkerungsgruppen eingerichtet haben und seitdem militärisch durchsetzen. Nicht auszuschließen ist, dass im Anschluss an einen möglichen Krieg und einem Regimewechsel sowohl die Kurden als auch die Schiiten erneut Bemühungen unternehmen werden, sich vom Irak abzuspalten.

Im Falle der Schiiten ist es wahrscheinlich, dass diese eine Annäherung an Iran suchen würden, in dem ihre religiöse Orientierung die Mehrheit stellt und mit dem diese Gruppe sich in besonderer Weise verbunden fühlt. Eine Abspaltung der südirakischen Gebiete um Basra und ein Anschluss an Iran hätte insofern fundamentale strategische

Konsequenzen für den Irak, da dort zum einen umfangreiche Erdölreserven lagern, die dann an den Gegner des ersten Golfkriegs (1980-1988) fielen, und zum zweiten der Irak seinen Zugang zum Arabisch-Persischen Golf verlöre, was Folgen für den Transport dieses Rohstoffs hätte: Irakisches Erdöl müsste über fremdes Territorium geleitet werden und würde sich dadurch verteuern. Zudem wäre dieser Transportweg angesichts der zahlreichen zwischenstaatlichen Konflikte in der regionalen Ordnung des Mittleren Ostens für Störungen anfällig.

Im Falle der nordirakischen Kurden beobachten vor allem die Türkei und Syrien mit Sorge alle Separationstendenzen, da die kurdischen Siedlungsgebiete auf ihrem Territorium und im Irak liegen. Sie müssen befürchten, dass ein autonomes Kurdengebiet im Nordirak der Forderung nach einem eigenen Staat Auftrieb verleihen könnte und sie letztlich Verluste ihres eigenen Territoriums zu verzeichnen hätten. Da die Regierungen in Damaskus und Ankara gewaltsam gegen solche Separationsbestrebungen vorgehen würden, wären bürgerkriegsartige Erscheinungen in der Osttürkei bzw. Nordsyrien nicht auszuschließen. Eine weitere territoriale Dimension des Irak-Konfliktes erwächst aus dem türkischen Anspruch auf die ölreichen nordirakischen Gebiete um Kirkuk und Mossul, die das Osmanische Reich erst mit den Friedensverträgen der 1920er Jahre an den neu begründeten Irak verloren hatte. Entsprechende Forderungen sind in den innertürkischen Debatten immer wieder anzutreffen und leicht mobilisierbar. Im Falle einer türkischen Besetzung dieser Gebiete hätte die Regierung von Ministerpräsident Abdullah Gül beide Ziele, nämlich die Verhinderung eines kurdischen Staates und die Wiedergewinnung als traditionell türkisch angesehener Gebiete, miteinander in Einklang gebracht. Diese Option erscheint aber unwahrscheinlich. Eine solche Besetzung wäre nicht mit dem ursprünglichen Zweck eines militärischen Vorgehens gegen den Irak, nämlich dessen Abrüstung im Bereich der nicht-konventionellen Waffen, in Einklang zu bringen. Sie wäre zudem durch keine der existierenden UN-Resolutionen gedeckt. Angesichts der weitreichenden und unabsehbaren Folgen für die regionale Ordnung im Falle eines Zerfalls des irakischen Staatsgebietes werden die USA und ihre Alliierten darauf bedacht sein, den Irak in seiner territorialen Integrität zu erhalten.

### **Der Irak-Konflikt und die politische Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens**

Für ihr Vorgehen gegen den Irak benötigen die USA die logistische Unterstützung und den politischen Beistand ihrer arabischen Verbündeten in der Region des Arabisch-Persischen Golfes. Während die Gewährung von Überflugrechten und die Zustimmung zu



amerikanischen Truppenstationierungen die technische Durchführung einer militärischen Aktion gegen den Irak sicherstellt, wird die politische Unterstützung westlich orientierter arabischer Führungen benötigt, um die öffentliche Meinung und oppositionelle Gruppen in den arabischen Staaten einzuhegen. Nur damit wäre zu verhindern, dass die Stabilität dieser Regime von innen bedroht wird. Eine derartige Unterstützung ist bei einigen Akteuren, vor allem Saudi-Arabien, gegenwärtig jedoch noch ungewiss und könnte die Handlungsoptionen der USA gegenüber dem Irak eingrenzen.

Zwei Gründe sind dafür vor allem verantwortlich: Mit ihrer Unterstützung werden die amerikanischen Verbündeten am Arabisch-Persischen Golf selbst zu einem potentiellen Ziel des Irak. Genau, wie Saddam Hussein 1991 nicht nur Israel, sondern auch amerikanische Militäreinrichtungen in Saudi-Arabien mit ballistischen Raketen angriff, kann auch bei einem möglichen Irak-Krieg im Jahr 2003 nicht ausgeschlossen werden, dass das irakische Regime mit Raketen amerikanische Militäreinrichtungen und Kommandozentralen, vor allem in Kuwait und Qatar angreift. Zwar darf der Irak gemäß den seit 1991 geltenden UN-Sanktionen lediglich Raketen mit einer Reichweite bis 150 km besitzen; westliche Geheimdienste gehen jedoch davon aus, dass das Regime in Bagdad Raketen mit einer Reichweite von 650 km zur Verfügung stehen, die ein solches Bedrohungsszenario realistisch erscheinen lassen.<sup>5</sup>

Zum zweiten müssen die herrschenden Eliten der arabischen Staaten, die alle autoritär verfasst sind und keineswegs den Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates folgen, die öffentliche Meinung zur amerikanischen Nahostpolitik bzw. zu ihrem eigenen Verhältnis zu den USA fürchten. Gerade weil sich in der Regel in arabischen Staaten eine demokratische Opposition nicht innerhalb des Parlamentes artikulieren kann, bricht sich Kritik an der jeweiligen Allianz mit den USA und ein prinzipieller Protest gegen die Nahost-Politik der USA um so stärker bei Demonstrationen Bahn. Die Zerrissenheit dieser Staaten, in denen die Eliten eine Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten pflegen, die häufig von der Bevölkerung radikal abgelehnt wird, könnte ein Dritter Golfkrieg nicht nur zusätzlich verschärfen, sie ist einer der Hauptgründe für das Entstehen des islamistischen Terrorismus, wie er mit den Anschlägen des 11. September 2001 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde. Es ist kein Zufall, dass der Großteil der Attentäter aus Saudi-Arabien stammte, d.h. aus einem Land, das von der skizzierten inneren Zerrissenheit mit Blick auf die USA gekennzeichnet ist. Die seit dem September 2000 anhaltende palästinensische Intifada und die Ergebnislosigkeit des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses haben die arabische Kritik an der amerikanischen Nahost-Politik und deren Unterstützung für Israel noch verstärkt und

damit den Graben zwischen staatlichen Eliten und gesellschaftlichen Akteuren in den arabischen Staaten weiter vertieft.

Für den Fall eines Regimewechsels im Irak sind gegenwärtig vor allem zwei Szenarien denkbar: Eine erste Option besteht darin, dass im Verlauf eines langfristigen amerikanischen Engagements, das mit dem der USA in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen wäre, ein demokratischer Verfassungsstaat entstünde. Wäre dies der Fall, wäre nicht nur der Grundstein für eine dauerhafte innen- und außenpolitische Stabilisierung des Irak gelegt. Denn darüber hinaus würde der Druck auf die autoritären Systeme der arabischen Welt wachsen, vergleichbare Demokratisierungsschritte zu vollziehen. Das Fehlen einer geschlossenen irakischen Opposition, von zivilgesellschaftlichen Strukturen und einer demokratischen Tradition lassen dieses Szenario, das viele „Falken“ innerhalb der Bush-Administration erhoffen, jedoch unwahrscheinlich erscheinen. Viel eher zu erwarten ist die zweite Option, nämlich ein autoritärer Herrscher im Irak, der den Weltmarktzugang des irakischen Erdöls sicherstellt, die irakische Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen gewährleistet, die israelischen Sicherheitsbedürfnisse damit befriedigt und die Stabilität des Nahen und Mittleren Ostens prinzipiell unterstützt.

<sup>i</sup> Vgl. zum Konzept der regionalen Ordnung Helmut Hubel/ Markus Kaim/Oliver Lembcke: Pax Americana im Nahen Osten. Eine Studie zur Transformation regionaler Ordnungen, Baden-Baden 2000.

<sup>ii</sup> Vgl. Markus Kaim: Die amerikanische Sicherung des Existenzrechts Israels: Innenpolitische Determinanten der Special Relationship, in: Kubbig, Bernd (Hrsg.): Brandherd Persischer Golf, Frankfurt/ New York 2003.

<sup>iii</sup> Vgl. Markus Kaim: Das israelische Irak-Dilemma, in: Pradetto, August (Hrsg.): Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA, Hamburg 2003, S. 101 – 106.

<sup>iv</sup> Vgl. Markus Kaim: "Ready to Assist, Not Insist". Die Nahost-Politik der Bush-Administration, in: Werner Kremp /Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika, Trier 2003.

<sup>v</sup> Vgl. Markus Kaim: Raketenrüstung im Nahen Osten, in: Stamm-Kuhlmann, Thomas/ Wolf, Reinhard (Hrsg.): Die zwei Ende der Parabel. Raketenrüstung und internationale Sicherheit von 1942 bis heute, 2003 (i.E.).

## Israel und der Irak-Konflikt

Von Michael Edinger

Während die Welt zu Beginn des Jahres 2003 gebannt nach Washington, Bagdad und New York starrt, ob ein dritter Krieg am Golf bevorsteht, befindet sich Israel bereits im Krieg. Zumindest ist die nach der größten Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg benannte al-Aqsa-Intifada nicht zuletzt von den Akteuren selbst als ein Krieg bezeichnet worden. Ergebnis ihres hohen Gewaltniveaus sind über 2.000 Todesopfer in den vergangenen zwei Jahren – ein herber Rückschlag für den vor zehn Jahren begonnenen israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozess („Oslo-Prozess“). Dieser lokale Kontext mit der geradezu ritualisierten Abfolge von palästinensischen Selbstmordattentaten und israelischen Vergeltungsschlägen ist wichtig, um zu verstehen, weshalb der aktuelle Irak-Konflikt aus israelischer Sicht keineswegs den Spitzenplatz auf der politischen Agenda einnimmt. Als zentrale Quelle der Unsicherheit gilt zurzeit nicht der prominente Diktator im Irak, sondern der anonyme Suizidattentäter aus der Westbank und dem Gazastreifen.

### Kein Blick zurück ohne Zorn: Israelisch-irakische Kriegsgeschichte

Das aktuelle Verhältnis Israels zum Irak geht auf den arabisch-israelischen Territorial- und Herrschaftskonflikt um Palästina bzw. Teile Palästinas zurück. Faktisch stellt sich die israelisch-irakische Geschichte als eine Geschichte von Kriegen dar, in denen der Irak im Bündnis mit zahlreichen arabischen Staaten die Existenz des „Judenstaates“ bekämpfte. Während jedoch Ägypten, später auch Jordanien und die Palästinenser, den Staat Israel anerkannt und den Konfliktaustrag von der prinzipiellen Ablehnung zur pragmatischen Aushandlung gewandelt haben, ist der Irak in der arabischen Ablehnungsfront verblieben und hat sich zeitweilig als ihre treibende Kraft verstanden.

Die Beziehungen beider Staaten sind zusätzlich durch eine doppelte historische Hypothek belastet: den israelischen Schlag gegen das Nuklearprogramm Saddam Husseins und die Raketenangriffe auf Israel im II. Golfkrieg. So zerstörte 1981 die israelische Armee bei Bombenangriffen den irakischen Kernreaktor Osirak: Ziel und Ergebnis dieser – völkerrechtswidrigen – Operation war, den bevorstehenden Aufstieg des Iraks zur ersten arabischen Atommacht zu verhindern und damit die in der israelischen

Militärdoktrin fest verankerte waffentechnologische Überlegenheit gegenüber allen arabischen Staaten zu wahren.

Der Preis des Erfolgs bestand vor allem darin, Israel zu einem bevorzugten Angriffsziel des irakischen Regimes zu machen. Mit dem II. Golfkrieg war der Zeitpunkt der „Abrechnung“ gekommen: Zu Beginn des Krieges griff Hussein den Erzfeind mit insgesamt 39 Scud-Raketen an, um so die arabische Straße zu mobilisieren und damit die mit dem Westen alliierten arabischen Regime zum Austritt aus der antiirakischen Koalition zu drängen. Trotz der letztlich eher geringen Gefährdung war die Wirkung des Raketenbeschusses auf Staat und Gesellschaft in Israel beträchtlich. Als traumatisch wurde zum einen die Ungewissheit empfunden, ob die irakischen Raketen mit chemischen Sprengköpfen bestückt sein würden. Zum anderen erschütterte der Verzicht auf einen Gegenschlag, zu dem sich die Regierung Jitzhak Schamir gegenüber den USA verpflichtet hatte, das Selbstverständnis Israels als eines Staates, der jederzeit zur Selbstverteidigung bereit und fähig ist. In der Konsequenz wandelte sich die israelische Bedrohungswahrnehmung. Ausdruck dessen war insbesondere der forcierte Aufbau eines eigenen Raketenabwehrsystems, nachdem die amerikanischen Patriot-Raketen keinen wirksamen Schutz bieten können.

### **Bushs treuester Verbündeter und doch zur Zurückhaltung verdammt**

Die skizzierte historische Hypothek macht im Fall eines Krieges gegen Saddam Hussein nicht nur einen irakischen Raketenangriff auf Israel wahrscheinlich – die verfügbaren militärischen Mittel vorausgesetzt –, sie vermag auch die israelische Sympathie für die amerikanische Irak-Politik zu erklären. Wie kaum ein anderer Staat hat Israel von Beginn an die kompromisslose Haltung gegenüber Bagdad bis hin zur Androhung militärischer Gewalt unterstützt. Der vorbehaltlose Schulterchluss mit den USA beruht gleichermaßen auf einer übereinstimmenden Bedrohungswahrnehmung wie auf gemeinsamen strategischen Interessen. Sein Fundament stellt die seit 1967 systematisch ausgebaute „special relationship“ zwischen den beiden Staaten dar.

Von einer allzu offensiven Parteinahme haben die israelischen Regierungen dennoch abgesehen, um die Kooperation wichtiger arabischer Staaten mit den USA nicht zu gefährden. Daher wird in offiziellen Stellungnahmen wiederholt die Formel verwendet, dass Israel in den Konflikt zwischen den USA und dem Irak nicht involviert ist, aber ein militärisches Vorgehen der Amerikaner begrüßt. In der Diskrepanz zwischen dem offensichtlichen Interesse am Sturz Husseins einerseits und der gerade durch die

Partnerschaft mit den USA angezeigten Zurückhaltung andererseits besteht ein Dilemma der gegenwärtigen israelischen Politik.

In einem weitaus größeren Dilemma befände sich die israelische Regierung freilich, wenn es Hussein gelingen sollte, erneut mit Waffengewalt gegen den jüdischen Staat vorzugehen. Die eigene Glaubwürdigkeit nach Innen und Außen geriete dann – eine strukturelle Parallele zur Situation während des II. Golfkriegs – in ein Spannungsverhältnis zu den taktischen Interessen der USA. Sämtliche israelischen Regierungen haben seit Beginn der Krise deutlich gemacht, dass Israel bei einem irakischen Angriff nicht erneut auf einen Gegenschlag verzichten wird. Diese frühzeitige Festlegung mag als Beruhigung der eigenen Bevölkerung und als Drohung an den Irak gedeutet werden, sie setzt aber zugleich die USA unter den verstärkten Druck, die irakische Luftwaffe schnellstmöglich auszuschalten, um damit das unerwünschte Eingreifen Israels zu verhindern.

Vorerst aber bleibt Israel jenseits des engen Feldes der Landesverteidigung zur Zurückhaltung verdammt. Namentlich die aktive Beteiligung an Militäraktionen gegen den Irak, aber auch eine diplomatische und publizistische Offensive zur Unterstützung der amerikanischen Politik, wie sie jüngst in Gestalt der öffentlichen Erklärung von acht europäischen Staats- und Regierungschefs betrieben worden ist, scheiden aus. Daher beschränken sich die israelischen Aktivitäten derzeit auf die Mitwirkung an Aufklärungsmaßnahmen, die Weiterleitung von Geheimdienstinformationen an die USA und die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen. Zudem orchestriert die Regierung Ariel Scharon die Vorwürfe der USA, dass der Irak aktiv den Terrorismus fördert. So ist von israelischer Seite wiederholt über die Ausbildung und Finanzierung palästinensischer Extremisten im Irak sowie über die irakischen Prämien für die Familien von Selbstmordattentätern berichtet worden.

Das Risiko einer Ausweitung terroristischer Anschläge als Begleiterscheinung eines Kriegs wird von der politischen Führung in Jerusalem entsprechend ernst genommen. Ebenso wie verstärkte Angriffe der im Südlibanon aktiven Hizbollah-Milizen auf den Norden Israels, gilt ein „Mega-Terroranschlag“ als wesentlicher Bedrohungsfaktor in den offiziellen israelischen Krisenszenarien, wie sie Anfang Februar 2003 auch offiziell bekannt gemacht wurden. Neben den militärischen Vorbereitungen für diesen *worst case* soll durch ein hochprofessionelles Krisenmanagement und eine speziell auf diese Konstellationen ausgerichtete Informationspolitik einer befürchteten Massenpanik im Land vorbeugt werden.

Im Zentrum der Sicherheitsstrategie steht jedoch die Abwehr eines irakischen Raketenangriffs. Neben dem eigenen Arrow-Raketenabwehrsystem kann Israel dabei auf

amerikanische – und im Übrigen auch auf zwei von Deutschland gelieferte – Patriot-Raketen zurückgreifen, von denen einzelne auf jordanischem Boden stationiert werden sollen. Zwischen Mitte Januar und Anfang Februar d.J. führten die USA und Israel gemeinsame Militärübungen unter Verwendung beider Waffensysteme durch. Zwar handelt es sich nach offizieller Lesart um eine seit Langem geplante Übung, doch steht sie faktisch im Kontext der Vorbereitungen auf einen etwaigen neuen Krieg am Golf. Daneben sind im Rahmen eines Notstandsplans Tausende von Schutzmasken an die Bevölkerung verteilt, Schutzimpfungen durchgeführt und eine dem Schutz der Bevölkerung dienende Infrastruktur für den „Tag X“ geschaffen worden. Zwölf Jahre nach dem II. Golfkrieg scheint das Land gegen eine irakische Aggression bestens gerüstet – ein markanter Kontrast zur Situation 1991, als die Koordinierung der Schutzmaßnahmen teils chaotische Züge annahm und zur Verunsicherung der Bevölkerung beitrug.

### **Zwischen Hoffen und Bangen: Die öffentliche Meinung**

Unsicherheitsgefühle bezüglich der vom Irak ausgehenden Gefahr sind auch in der gegenwärtigen Krisensituation verbreitet, doch zeichnet sich in der öffentlichen Meinung eine deutliche Mehrheit für ein hartes Vorgehen gegen das irakische Regime ab. Bei einer Repräsentativbefragung am 30./31. Dezember 2002 hat jeweils eine deutliche Mehrheit der (jüdischen) Israelis einen irakischen Angriff im Kriegsfall für wahrscheinlich gehalten und einen Gegenschlag befürwortet. Die Forderung nach Vergeltung ist quer durch die politischen Lager mehrheitsfähig. Sollte der Irak nicht-konventionelle Waffen einsetzen, unterstützen viele der Befragten auch den Einsatz von ABC-Waffen. Die Einstellungsforschung fördert zudem einige für Israel nicht ganz untypische ambivalente Befunde zu Tage: So geht trotz der breiten Unterstützung eines Angriffs auf den Irak nur eine Minderheit der jüdischen Staatsbürger davon aus, dass dieser im langfristigen Interesse Israels liegt. Fast jeder Zweite erwartet zudem eine Ausweitung des palästinensischen Terrorismus als Folge eines Krieges.

Die vorliegenden Umfragedaten bestätigen einmal mehr, dass in Zeiten der äußeren Bedrohung die Kompromissbereitschaft der Israelis gegenüber der arabischen Umwelt zumindest kurzfristig abnimmt. Mit Blick auf die politische Relevanz der öffentlichen Meinung verdienen zwei Ergebnisse besondere Aufmerksamkeit: Erstens sind es die jungen Altersgruppen, die den II. Golfkrieg im Kindesalter erlebt haben und die „großen“ arabisch-israelischen Kriege nur aus Erzählungen kennen, die besonders aggressive und zugleich pessimistische Einstellungen erkennen lassen. Zweitens verweisen die gänzlich

anderen Orientierungen der arabischen Minderheit in Israel hinsichtlich der Folgen eines Kriegs und der bevorzugten israelischen Reaktionen auf die massive ethnische Spaltung der Gesellschaft.

### **Ausblick: Pyrrhussieg nicht ausgeschlossen**

Die Mehrheitsbevölkerung und politische Eliten Israels einende Präferenz für einen mit Waffengewalt herbeigeführten Regimewechsel in Bagdad kann als Ausdruck wohlverstandenen Eigeninteresses gelten. Die mutmaßliche Zerstörung des irakischen ABC-Waffen-Programms würde Israel auf absehbare Zeit den technologischen Vorsprung auf diesem Gebiet sichern und die Einsetzung einer US-freundlicheren Regierung zugleich die vom Irak ausgehende Unterstützung extremistischer palästinensischer Kräfte mindern.

Wie der II. Golfkrieg belegt, sind jedoch die Folgen eines anti-irakischen Militäreinsatzes für die regionale Ordnung schwer abzusehen; von einer Neuen Ordnung im Nahen Osten ist auf amerikanischer Seite anders als 1991 nicht die Rede. Dennoch ist zu erwarten, dass nach dem Sturz Husseins – analog zur Situation nach der Befreiung Kuwaits – der Dauerkonflikt um Palästina wieder ins Zentrum nächstlicher Politik rückt. Schon als politische Gegenleistung an die kooperationswilligen arabischen Regime dürfte sich die Bush-Administration fortan stärker in diesem Konflikt engagieren. Nach Äußerungen des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Paul Wolfowitz werden sich die USA um die Gründung eines palästinensischen Staates bemühen und die israelischen Siedlungen zum Verhandlungsgegenstand machen.

Ein Handlungsbedarf dürfte insbesondere dann angezeigt sein, wenn die neue Regierung Scharon, wie angekündigt, Teile der einst autonomen oder teilautonomen palästinensischen Gebiete *dauerhaft* wiederbesetzt und damit – gegen den erklärten amerikanischen Willen – eine Rückkehr zum *status quo ante* vor dem Oslo-Prozess vollzieht. Selbst wenn dem amerikanischen Druck auf Israel durch den „Wiederaufbau“ des Iraks und durch innenpolitische Rücksichtnahmen klare Grenzen gesetzt sind, dürfte sich Israel zu symbolischen Teilzugeständnissen und zu einer Fortsetzung des Verhandlungsprozesses mit den Palästinensern gedrängt sehen. Im Vorgriff darauf hat Premier Scharon bereits eigene Initiativen nach der Regierungsbildung in Aussicht gestellt.

Neben diesen Entwicklungen auf dem diplomatischen Parkett könnte sich der zu erwartende Sieg der US-geführten Allianz gegen den Irak aber noch in anderer Hinsicht

als ein Pyrrhussieg für Israel erweisen. Nicht nur in der Wahrnehmung der extremistischen Kräfte unter den Palästinensern bedeutet der „unheilige Krieg“ gegen Bagdad eine neue Eskalationsstufe im Kampf der beiden Kulturen. Eine wachsende Anzahl von Selbstmordattentaten würde nicht nur Israels Sicherheit weiter beeinträchtigen, sondern auch seine ohnehin in Folge der al-Aqsa-Intifada und der weltwirtschaftlichen Probleme angeschlagene Wirtschaft treffen. Eine gleichzeitige Welle israelfeindlicher Mobilisierung in der gesamten arabischen Welt könnte zudem die moderaten arabischen Regime zu einem „Einfrieren“ der Beziehungen zu Israel zwingen. Schließlich würde ein Irak-Krieg innerhalb der israelischen Gesellschaft die Kluft zwischen jüdischer Mehrheit und den „anwesenden Abwesenden“, der palästinensischen Minderheit, weiter vertiefen.

Gleichwohl ist es illusorisch zu erwarten, ein III. Golfkrieg werde die Perspektiven des sog. „Friedensprozesses“ oder gar die israelische Politik gegenüber den Palästinensern *entscheidend* verändern. Zentraler Bestimmungsfaktor dafür bleibt die innere Dynamik im jahrzehntelangen Konflikt der beiden Völker um Palästina – und somit der lokale Kern des „Nahostkonflikts“. Die Entwicklungen in und um den Irak werden auf diese Konfliktodynamik nur indirekt einwirken. Womöglich schätzen die Israelis die in dieser Hinsicht begrenzte Reichweite eines Irak-Krieges realistischer ein als die „alten Europäer“ und die modernen Nicht-Europäer der neuen Welt. Es ist insofern folgerichtig, wenn sie – wie eingangs festgestellt – den Irak-Konflikt als eine Angelegenheit zweiter Priorität betrachten. Ein wenig paradox erscheint gleichwohl, dass Israel zwar von den Folgen eines militärischen Vorgehens gegen Bagdad sehr viel stärker betroffen wäre als jeder europäische Staat, der Irak-Konflikt im Wahlkampf für die Knessetwahlen am 28. Januar 2003 jedoch keine nennenswerte Rolle gespielt hat – in markantem Kontrast zu den Bundestagswahlen 2002.



## Literatur und Internetquellen:

Markus Kaim: Das israelische Irak-Dilemma, in: Pradetto, August (Hrsg.): Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002 (Studien zur Internationalen Politik, hrsg. vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, Heft 1/2003), Hamburg 2003, S. 101 – 106.

<http://www.mfa.gov.il/mfa/home.asp> (Server des israelischen Außenministeriums mit den wichtigsten offiziellen Stellungnahmen und Dokumenten).

<http://www.haaretzdaily.com/> (englische Ausgabe der liberalen, dem Lager der „Tauben“ zuneigenden israelischen Tageszeitung „Haaretz“).

<http://www.jpost.com/> (stark auf die jüdische Gemeinschaft in den USA orientierte, dem Lager der „Falken“ zuneigende englischsprachige Tageszeitung „Jerusalem Post“).

[http://www.tau.ac.il/peace/Peace\\_Index/2002/English/p\\_dec\\_02\\_e.html](http://www.tau.ac.il/peace/Peace_Index/2002/English/p_dec_02_e.html) („Peace Index“ eines Tel Aviver Forscherteams zur öffentlichen Meinung in Israel, Dezember 2002).

Jahresende 2002 stellt sich die Situation jedoch weniger klar dar. Russland sieht den amerikanischen Vorbereitungen für einen Waffengang am Persischen Golf zu und erhebt keinen deutlichen Widerspruch mehr.

Es drängt sich damit die Frage auf, ob denn von Russland überhaupt noch eine Opposition zu den USA und deren Plänen im Irak ausgeht: Gibt es zwischen Moskau und Washington noch die aus der Vergangenheit bekannte Interessensdivergenz in Bezug auf den Irak? Und wenn nicht – was führte zu dem Wandel in der russischen Haltung vom bisherigen quasi-Verbündeten des Irak zum Unterstützer der USA?

## Die 1990er Jahre: Krieg und Sanktionen gegen den Irak – die Position Moskvas

Schon der Krieg der USA gegen den Irak 1991 deutete ein Ende der „alten Zeiten“ im Mittleren Osten an. Die Sowjetunion, seit dem Abschluss eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages 1972 und durch ihre Unterstützung bei der Ausbildung und Ausrüstung des irakischen Militärs in enger Verbundenheit mit Bagdad, wendete sich nach dem Einfall des Iraks in das benachbarte Kuwait im August 1990 von seinem Partner ab. Nicht nur in der umgehenden Verurteilung der Aggression standen nun die Sowjetunion und die USA gemeinsam dem Irak gegenüber, sondern auch bei den im UN-Sicherheitsrat nach dem Krieg 1991 verabschiedeten Sanktionen.

Vermittlungsversuche Moskaus zwischen dem Irak und dem Westen setzten sich jedoch auch nach dem Zerfall der Sowjetunion fort. Man forderte vom UN-Sicherheitsrat die Erleichterung und sogar Aufhebung der gegen Bagdad verhängten Sanktionen, traf dabei jedoch in Washington und London stets auf Ablehnung. Dagegen fanden die



## Russland – die letzte verbleibende Vetomacht im Irak-Konflikt?

*Von Guido Müntel*

Bei der gegenwärtigen Entwicklung in der internationalen Auseinandersetzung um den Irak mag sich mancher die Frage stellen, ob denn noch von anderer Seite dem Vorgehen von USA und Großbritannien Einhalt geboten werden kann. Das Drängen Russlands auf eine diplomatische Lösung des Irak-Konfliktes, das im vergangenen Herbst zu einem wochenlangen Tauziehen um eine neue Resolution der Vereinten Nationen gegenüber Bagdad führte, ließ dies noch vermuten: Es erschien, dass auch mehr als zehn Jahre nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation Russland weiterhin eine Schlüsselfigur in der Weltpolitik und der Irak-Krise einnimmt und auf deren Beilegung einwirken kann. Seit Jahresende 2002 stellt sich die Situation jedoch weniger klar dar. Russland sieht den amerikanisch-britischen Vorbereitungen für einen Waffengang am Persischen Golf zu und erhebt keinen deutlichen Widerspruch mehr.

Es drängt sich damit die Frage auf, ob denn von Russland überhaupt noch eine Opposition zu den USA und deren Plänen im Irak ausgeht: Gibt es zwischen Moskau und Washington noch die aus der Vergangenheit bekannte Interessendifferenz in Bezug auf den Irak? Und wenn nicht – was führte zu dem Wandel in der russischen Haltung vom bisherigen quasi-Verbündeten des Irak zum Unterstützer der USA?

### **Die 1990er Jahre: Krieg und Sanktionen gegen den Irak – die Position Moskaus**

Schon der Krieg der USA gegen den Irak 1991 deutete ein Ende der „alten Zeiten“ im Mittleren Osten an. Die Sowjetunion, seit dem Abschluss eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages 1972 und durch ihre Unterstützung bei der Ausbildung und Ausrüstung des irakischen Militärs in enger Verbundenheit mit Bagdad, wandte sich nach dem Einfall des Iraks in das benachbarte Kuwait im August 1990 von seinem Partner ab. Nicht nur in der umgehenden Verurteilung der Aggression standen nun die Sowjetunion und die USA gemeinsam dem Irak gegenüber, sondern auch bei den im UN-Sicherheitsrat nach dem Krieg 1991 verabschiedeten Sanktionen.

Vermittlungsversuche Moskaus zwischen dem Irak und dem Westen setzten sich jedoch auch nach dem Zerfall der Sowjetunion fort. Man forderte vom UN-Sicherheitsrat die Erleichterung und sogar Aufhebung der gegen Bagdad verhängten Sanktionen, traf dabei jedoch in Washington und London stets auf Ablehnung. Dagegen fanden die

militärischen Maßnahmen der amerikanisch-britischen Anti-Irak-Koalition zu keinem Zeitpunkt die russische Unterstützung und wurden als unilaterale Verstöße gegen internationales Recht aufs Schärfste verurteilt. Moskau ging sogar darüber hinaus und warnte vor einer ernsthaften Belastung der Beziehungen zum Westen sowie der Gefahr eines Weltkrieges. Russland war damit als prinzipieller Verbündeter des Iraks und als Gegner der US-amerikanischen Politik einzuordnen. Bei seinem Drängen auf eine Rückkehr zu politischen Lösungen blieb ihm aber wohl nur ein einziges Mal ein nennenswerter Verhandlungserfolg vergönnt: Nachdem die UN-Inspektoren zur Kontrolle möglicher Massenvernichtungswaffen im Irak wenige Wochen zuvor von Bagdad des Landes verwiesen wurden, konnten diese im Herbst 1997 zurückkehren. Dennoch kann dies über zweierlei nicht hinwegtäuschen: dass seit 1991 Russland durch deutliche Opposition zur Politik der USA sich neben diesen und den UN die Rolle eines zentralen externen Akteurs im Irak-Konflikt sicherte.

### **Fortsetzung der Opposition Russlands im Irak-Konflikt 2002/03?**

Dass Russland dies auch mit einer erneuten Verschärfung des Irak-Konfliktes im Jahr 2002 fortzusetzen versuchte, zeigte sich an den Verhandlungen bei der Ausarbeitung der Resolution 1441 im UN-Sicherheitsrat. So lehnte es ebenso wie Frankreich zunächst ab, eine neue Resolution zu erarbeiten: Die bereits bestehenden Resolutionen reichten nach seiner Meinung aus, um Waffeninspektionen im Irak wieder aufzunehmen – für eine Verbindung des Iraks mit dem al-Qa'ida-Netzwerk sah Moskau ohnehin keinerlei Hinweise und damit auch keine Gründe für eine Ausweitung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. In mehrwöchigen Verhandlungen gelang es ihnen schließlich, den „harten“ Resolutionsentwurf der USA und Großbritanniens zu entschärfen. Auch wenn hierin durchaus ein Verhandlungserfolg gesehen werden kann, so musste Moskau letztendlich doch hinnehmen, dass mit der erfolgten Androhung „ernsthafter Konsequenzen“ ein wesentlicher Schritt hin zu einer erneuten militärischen Auseinandersetzung im Irak gemacht wurde.

Zwar setzte Russland damit seine aus früheren Jahren gewohnten Vermittlungsversuche weiter fort – dennoch wird zugleich der inhaltliche Wandel in der russischen Position gegenüber dem Irak deutlich. Denn seit Beginn des Jahres 2002 ist der Ton Moskaus erheblich schärfer geworden. Unter Führung seines Präsidenten Wladimir Putin erkennt es gleichsam mit den USA und der internationalen Staatengemeinschaft die Notwendigkeit der Wiederaufnahme von Waffeninspektionen im

Irak an, da eine von diesem ausgehende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht auszuschließen sei. Auch der von Bagdad im Dezember 2002 vorgelegte Waffenbericht wurde in Moskau kritisiert. Konzessionen im Sanktionsregime zugunsten Iraks werden dagegen nicht mehr gefordert.

In jüngster Zeit deutete sich eine zunehmende Akzeptanz der Politik der USA seitens Moskaus an. Versuchte es wenige Wochen zuvor noch vehement die Schritte hin zu einem neuen Waffengang am Golf zu verhindern, setzt Russland nun dieser Möglichkeit nicht mehr viel entgegen. Die militärischen Vorbereitungen der USA und Großbritanniens werden vom Kreml nicht nur wahrgenommen, sondern auch weitgehend kritiklos akzeptiert. Die Reaktionen beschränken sich auf die nüchterne Feststellung, dass ein Militärschlag der USA ohne vorherige Ermächtigung durch den Sicherheitsrat nicht legitim und gerechtfertigt sei. Die zu Beginn des Jahres 2003 berichtete Entsendung von russischen Kriegsschiffen in den Golf „zur Vertretung Russlands nationaler Interessen“ wurde von Verteidigungsminister Sergej Iwanow wenig später ausgeschlossen.

Dennoch hat Russland sein zentrales Anliegen nicht ganz aus den Augen verloren: die friedliche Lösung des Konfliktes durch politisch-diplomatische Mittel. Es fordert zum einen die Verlängerung der Waffeninspektionen. Andererseits aber scheint Russland dies selbst schon als aussichtslos anzusehen und plant daher bereits für die Zukunft nach dem Krieg: Jüngst getroffene Absprachen zwischen Moskau und Washington sollen ihm auch im Anschluss an einen Regimewechsel im Irak Einfluss in der Region garantieren.<sup>1</sup>

### **Vorrang der Partnerschaft mit dem Westen – Erklärung für den Wandel**

Sucht man nach den Hintergründen für diese in den vergangenen 12 Jahren doch stark schwankende Haltung Russlands, so stellt man fest, dass diese von zwei Konstanten geprägt wurde: dem Streben nach wirtschaftlichen Vorteilen und vor allem der Einflussnahme auf die Weltpolitik.

1990/91 war es die kurze Zeit zuvor eingeleitete außenpolitische Annäherung der damaligen Sowjetunion an den Westen, die eine gemeinsame Position mit ihm in Bezug auf die irakische Invasion im Kuwait möglich und nötig machten. Obwohl die Sowjetunion als wichtigster Partner Bagdads durch die UN-Sanktionen von 1990/91 wirtschaftlich am stärksten (nach dem Irak selbst) betroffen war, blieben solche Interessen zweitrangig. Erst mit dem im Verlauf der 1990er Jahre sich fortsetzenden und beschleunigenden Wandel in Osteuropa und in der Weltpolitik insgesamt veränderten sich die Rahmenbedingungen und damit die Positionen Moskaus. Von einer Erleichterung und Aufhebung der

Sanktionen gegenüber dem Irak sollte insbesondere Russland selbst am stärksten profitieren. Die sich in Niedergang und Isolierung befindende russische Wirtschaft war stark daran interessiert, durch Zusammenarbeit mit dem Irak bei der Erschließung und Förderung von Erdölvorkommen neue Handelsbeziehungen zu errichten. Daneben sollte mit einer erfolgreichen Vermittlerrolle Russlands dessen außenpolitisches Ansehen gestärkt werden. Denn nur so konnte der sich abzeichnenden US-amerikanischen Dominanz in der Weltpolitik durch eine von Russland favorisierte multipolare Ordnung begegnet und die eigene Einflussnahme gesichert werden. Zugleich war dies geeignet, die Kritik innenpolitischer Kräfte an der außenpolitischen Annäherung und Anpassung Moskaus an den Westen ruhig zu stellen.

Der sich gegenwärtig vollziehende Wandel in der Position Russlands zum Irak-Konflikt lässt sich bereits auf den Amtsantritt von Präsident Putin im Jahr 2000 zurückführen. Denn mit ihm setzte eine Pragmatisierung der russischen Außenpolitik ein, die den wirtschaftlichen Aufschwung Russlands in den Vordergrund stellt und die internationalen Beziehungen Moskaus vielmehr danach als nach geopolitischen und ideologischen Gesichtspunkten ausrichtet. Die bis dahin zentrale Agenda einer multipolaren Weltordnung konkurrierender Mächte wurde durch eine Politik der erneuten Annäherung an und vor allem Kooperation mit dem wirtschaftlich starken Westen ersetzt.

Vorangetrieben wurde dieser Wandlungsprozess durch die Terroranschläge auf die USA am 11. September 2001. Der von den USA ausgehende „gemeinsame Kampf gegen den weltweiten Terrorismus“ brachte für Moskau zwei wichtige politische Erfolge ein: zum einen die zunehmende Entwicklung einer Partnerschaft mit dem Westen, am deutlichsten sichtbar in der intensiveren Zusammenarbeit mit der NATO. Vor allem aber verstummte die westliche Kritik an der Kriegsführung in Tschetschenien. Die Verknüpfung mit dem globalen Terrorismus ermöglichte es Russland, diesen Krieg gegenüber der Außenwelt zu rechtfertigen. Als Gegenleistung musste und konnte Moskau nur eins anbieten: seine „Mitarbeit“ beim Kampf gegen den Terrorismus. Diese zeigt sich seitdem in der Akzeptanz der Ausweitung der Einflussnahme der USA in Zentralasien und im Mittleren Osten.

Erst in jüngster Zeit deutet sich auch ein Wandel der ökonomischen Interessen Russlands im Irak an. Noch während des Sommers 2002 schienen die schon zuvor bestandenen Gesichtspunkte die Haltung Moskaus zu beeinflussen: 40% des irakischen Ölexportes werden von russischen Firmen abgewickelt, neue Verträge im Wert von mehr als 40 Mrd. US\$ sollten die russisch-irakische Wirtschaftszusammenarbeit in den kommenden Jahren intensivieren, und nur in einem Irak unter Führung von Saddam Hussein erschien dies sowie die noch ausstehende Schuldentilgung des Iraks in Höhe von

7 Mrd.\$ möglich. Dennoch verdichteten sich gleichzeitig die Hinweise auf eine neue Partnerwahl Moskaus: Russland strebt im Westen nach neuen Absatzmärkten für die eigene Ölindustrie, die kurz- und mittelfristig entscheidender Wachstumsmotor für die russische Gesamtwirtschaft ist.

Die Befürchtung einer Marginalisierung Russlands im Mittleren Osten führte schließlich zu den Absprachen zwischen Washington und Moskau und zur Berücksichtigung der russischen Wirtschaftsinteressen nach einem möglichen Regimewechsel in Bagdad. Zwar kündigte als Reaktion darauf der Irak Anfang Dezember 2002 ein bereits beschlossenes Kooperationsvorhaben im Wert von 3,7 Mrd.\$ zur Erschließung eines Ölfeldes. Dies verdeutlicht die Auflösung traditioneller russisch-irakischer Wirtschaftszusammenarbeit als auch die politische Verstimmung zwischen Moskau und Bagdad.<sup>ii</sup>

Schließlich zeichnet sich ab, dass die landesinnere Kritik am außenpolitischen Kurs Russlands, die sich in den 1990er Jahren vor allem an der Irak-Frage kristallisierte, verstummt. Mit der Parlamentsmehrheit und einer außerordentlich hohen öffentlichen Zustimmung im Rücken kann Präsident Putin seine bisherige Politik der Annäherung an den Westen, der Zusammenarbeit mit den USA in der Anti-Terror-Koalition sowie auch der Unterstützung der USA im Irak-Konflikt ohne ernst zu nehmenden Widerstand konservativer Gruppen fortsetzen.<sup>iii</sup>

## **Das Ende der Vetomacht Russland**

Russland musste also erkennen, dass zur Verwirklichung seiner bisherigen Ziele, nämlich wirtschaftlicher Aufschwung und Mitwirkung in der Weltpolitik, ein Politikwandel erforderlich ist. Vor die Alternative gestellt, die bisher guten Beziehungen zum diktatorischen Regime im Irak fortzusetzen, oder aber Russland politisch und wirtschaftlich enger an den demokratischen und prosperierenden Westen zu binden, ist die Entscheidung scheinbar gefallen: Eine umfassende Zusammenarbeit mit dem alten Rivalen USA ist unerlässlich geworden. Dieser Umschwung zu einer pragmatischen Außenpolitik führte daher wenn auch nicht zur völligen Anpassung an die US-amerikanischen Interessen in der Irak-Krise, dann aber zu deren Akzeptanz und passiven Unterstützung. Die offizielle Position der friedlichen Konfliktbeilegung wird aufrechterhalten. Es ist aber unübersehbar, dass von Russland keine wirksame Opposition zu den USA und deren Plänen ausgeht. Vielmehr versucht es sich mit den wohl kaum noch zu verhindernden Entwicklungen abzufinden. Und sogar mehr: sich mit

ihnen dahingehend zu arrangieren, dass auch nach dem wahrscheinlichen Waffengang gegen den Irak die eigene Stellung im Mittleren Osten nicht marginalisiert wird. Die ehemalige Vetomacht Russland, wie sie über die Jahrzehnte des „Kalten Krieges“ bestand und noch im Verlauf des UN-Sanktionsregimes gegen den Irak zumindest ansatzweise erkennbar war, existiert im Jahr 2003 nicht mehr.

#### Literatur und Internetquellen

Robert Donaldson/Joseph L. Nogge, *The Foreign Policy of Russia. Changing Systems, Enduring Interests*, New York/ London 1998, S. 260-264.

James Gow (Hrsg.), *Iraq, the Gulf Conflict and the World Community*, London/ New York 1993, S. 121-137.

Manfred Sapper, Ein schwieriger Balanceakt. Rußlands Irakpolitik in Zeiten des Anti-Terror-Kampfes, in: *OSTEUROPA* 52 (2002), Nr. 12, S. 1535-1546.

Center for Defense Information, *Russia Weekly*, versch. Ausgaben, <http://www.cdi.org/russia>.

Radio Free Europe/ Radio Liberty, *NEWSLINE* Vol. 6 (2002) und Vol. 7 (2003), versch. Ausgaben, <http://www.rferl.org/newsline>.

VCIOM (Russian Centre for Public Opinion and Market Research), [http://www.russiavotes.org/Key\\_cur.htm](http://www.russiavotes.org/Key_cur.htm) und <http://www.russiavotes.org/iraq.htm> (10.01.2003).

<sup>1</sup> So hieß es nach dem russisch-amerikanischen Gipfeltreffen in St. Petersburg im November 2002, dass Russland bei Unterstützung der USA an der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung des Iraks nach dem Sturz Saddam Husseins maßgeblich beteiligt sein würde.

<sup>2</sup> Aus dem Krenl veriautete es daraufhin, dass „wenn der Irak eine solche Entscheidung trifft, dann ist einer der Hauptgründe Russlands zur Unterstützung des Irak in der gegenwärtigen Situation aufgehoben.“ Zitat aus ungenannter Regierungsstelle, aus dem Englischen übersetzt, in: ‚Iraqi oil pressure‘, Editorial im *Boston Globe*, 18. Dezember 2002, S. A22.

<sup>3</sup> In einer öffentlichen Umfrage vom Dezember 2002 erhielt die generelle Politik von Präsident Putin in der Bevölkerung eine Unterstützung von 82%. Daneben bezeichneten 60% der Befragten in einer Umfrage vom November 2002 die Entscheidung Russlands der UN-Resolution 1441 zuzustimmen als „absolut richtig“ bzw. „wahrscheinlich richtig“.



## Der Irak-Konflikt und die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Von Torsten Oppeland

Was Krieg bedeutet, wurde uns Deutschen jüngst durch den überraschenden Erfolg des letzten Bücherherbstes vor Augen geführt, durch Jörg Friedrichs Buch "Bombenkrieg". In dessen Mittelpunkt stehen die Deutschen als Opfer des II. Weltkrieges, ohne dass in irgendeiner Weise verdrängt oder gar geleugnet würde, dass die Deutschen es selber waren bzw. ihre verbrecherische politische Führung, die den Krieg entfesselt hatten. Dabei sollte man nicht verkennen, dass das besonders in Großbritannien sehr kontrovers diskutierte Buch auch einen Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen behandelt, denn es waren neben den britischen vor allem amerikanische Bomber, die ihre Last über Deutschland abwarfen. Wie furchtbar Krieg ist, hat sich besonders bei den Menschen ins Gedächtnis eingegraben, die den Krieg verloren haben: in Deutschland und in Japan. Deshalb ist es wenig überraschend, dass uns dieser Tage immer wieder vor allem ältere Menschen mit eindrucksvoller Emphase sagen, dass sie so etwas nicht noch einmal erleben wollen, dass sie es aber auch keinem anderen Menschen wünschen und dass sie deshalb gegen jeden Krieg, auch gegen den voraussichtlichen Krieg im Irak, sind. Diese Gefühle muss man ernst nehmen und respektieren. Dass solche Gefühle von vielen Menschen, die die Schrecken des Krieges nicht selbst erlebt haben, geteilt werden, ist selbstverständlich.

Wenn man alle Euphemismen - und es wird in aller Wahrscheinlichkeit schon recht bald, wenn der Krieg begonnen haben wird, ein Euphemismus sein, von einem Irak-Konflikt zu sprechen - beiseite lässt, geht es doch genau darum: um die Frage von Krieg und Frieden!

Will man aber in einer wissenschaftlichen Weise rational über diese Vorgänge sprechen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als uns von der suggestiven Kraft des Wortes "Krieg" ein Stück weit freizumachen. Versucht man dies aber, so beginnen sich die scheinbaren Gewissheiten sehr rasch aufzulösen und in Fragen zu verwandeln. Einige solcher Fragen sollen im folgenden behandelt werden.

1. Stimmt es eigentlich, dass es für die deutsche Politik um die Frage nach Krieg oder Frieden geht?

Dies ist nichts anderes als die Frage nach dem Einfluss, den die deutsche Politik bzw. konkreter gesagt, die Bundesregierung auf der internationalen Ebene geltend

machen kann. Kann die deutsche Bundesregierung durch irgendeine Handlung verhindern, dass es zum Krieg im Irak kommt? Schaut man sich die Lage einigermaßen vorurteilsfrei an, kann die Antwort nur negativ ausfallen. Deutschland ist zur Zeit Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, aber kein ständiges Mitglied. Es hat also anders als die Vereinigten Staaten, Russland, China, Frankreich und Großbritannien kein Veto-Recht. Wenn also die USA durch ein Veto verhindern, dass es zu einer zweiten Resolution kommt, dann hat Deutschland nicht die geringste Möglichkeit, dies zu verhindern. In diesem Fall würden die USA und Großbritannien die Resolution 1441, die dem Irak mit "ernsten Konsequenzen" für den Fall droht, dass dieser Staat seinen Verpflichtungen zur Abrüstung nicht nachkommt, so interpretieren, dass der Kriegsfall gegeben ist. Mit anderen Worten, die Frage nach Krieg oder Frieden wird in Washington, in gewissem Umfang auch in London und nicht zuletzt in Bagdad beantwortet, nicht aber in Berlin und auch nicht in New York bei den Vereinten Nationen. Man mag es bedauern, aber die harte Realität sieht nun einmal so aus, dass weder die Bundesregierung noch die vielen engagierten Friedensfreunde in Deutschland oder auch in den Vereinigten Staaten selbst einen nennenswerten Einfluss darauf haben, ob es wirklich zum Krieg kommen wird. Für die deutsche Politik geht es also nicht um die Frage nach Krieg oder Frieden.

2. Daraus ergibt sich unmittelbar die Frage, warum in der deutschen Öffentlichkeit genau der gegenteilige Eindruck vorherrscht. Die Beantwortung dieser Frage ist insofern etwas schwieriger und komplexer, weil es darauf mehr als eine Antwort gibt, die jeweils auf verschiedenen Ebenen liegen, dabei aber durchaus verschränkt sind.

Die offensichtlichste ist die offizielle Ebene. Die Bundesregierung lehnt keineswegs den Einsatz militärischer Mittel generell ab. Sie betont hingegen, dass die Bundesrepublik Deutschland sich nicht an einem Kampfeinsatz gegen den Irak beteiligen werde, weil sie diese militärische Politik der Vereinigten Staaten bzw. der Regierung von Präsident Bush für falsch hält. Dem liegt ein pessimistisches Szenario zugrunde, das beispielsweise Außenminister Joseph Fischer jüngst vor dem UN-Sicherheitsrat entworfen hat. Dabei geht es vornehmlich um die mit einem Kriegseinsatz verbundenen, fast unkalkulierbaren Risiken. Die Gefahren eines Flächenbrandes im Nahen Osten, der auch Israel gefährden und das Bündnis gegen den Terror zerbrechen könne, oder terroristischer Anschläge in Europa, Amerika oder anderswo in der westlichen Welt (ein Akteur, der in Europa häufig diesbezüglich vergessen wird, ist Australien, das ebenfalls Truppen in der Golfregion stationiert hat, um den USA im Falle eines Krieges zu helfen; australische Touristen waren das Hauptziel bei dem Terroranschlag auf Bali im Jahr 2002). Weil man die

amerikanische Politik für falsch hält, will man sich auf keinen Fall daran beteiligen. Dahinter steht, bei Bundeskanzler Gerhard Schröder deutlicher wahrnehmbar als bei Fischer, ein bestimmtes Verständnis der deutschen Rolle in der internationalen Politik. Deutschland habe, so diese Auffassung, seit der Wiedervereinigung an Souveränität gewonnen und sei nicht mehr aufgrund der Bedrohung durch die Sowjetunion und den Warschauer Pakt aus sicherheitspolitischen Gründen von den Vereinigten Staaten abhängig, sondern könne eben in souveräner Entscheidung selber über seine Außenpolitik bestimmen. In Berlin sieht man sich deshalb nicht (mehr) dazu verpflichtet, den USA unbedingt Gefolgschaft zu leisten. Bundeskanzler Schröder definierte in einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT seine Politik folgendermaßen: "Mir geht es um drei Leitlinien. Erstens: eine Außenpolitik, die der Souveränität des Landes gerecht wird, die bündnisfähig ist und bleibt, die aber gleichzeitig die Kraft und den Mut zur Differenzierung entwickelt." Gerade letzteres, die Differenzierung, ist in hohem Maße auf die Vereinigten Staaten gemünzt, deren Politik sich Schröder eben nicht ohne weiteres anschließen will. Dies entspricht der bereits in seiner ersten Regierungserklärung geäußerten Haltung, dass seine Regierung eine neue Generation repräsentiere, die gewillt sei, mit neuem Selbstbewusstsein deutsche Interessen zu vertreten. Ob seine Politik in diesem Falle wirklich den deutschen Interessen entspricht, ist eine andere Frage, auf die noch einzugehen sein wird.

Dem pessimistischen deutschen Szenario steht freilich das optimistische amerikanische Szenario entgegen. Dieses beispielsweise von der Sicherheitsberaterin des Präsidenten, Condoleezza Rice, ebenfalls in einem Interview mit der ZEIT entworfene Bild geht davon aus, dass es nach einem relativ kurzen, wenig opferreichen Krieg gelingen werde, in Bagdad ein demokratisches Regime zu installieren, von dem keine Gefahr für den Frieden ausgehen und das sogar eine Art Vorbildfunktion im arabischen Raum wahrnehmen werde. Ob dieses optimistische oder eher das pessimistische deutsche Szenario realistisch ist, kann und soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden. Die Existenz zweier so unterschiedlicher Einschätzungen der Lage verweist allerdings darauf, dass auch die moralische Dimension nicht so klar und eindeutig ist, wie es scheint, wenn man nur nach Krieg und Frieden fragt.

Freilich hat die Politik der Bundesregierung nicht nur inhaltliche Gründe, sondern auch eine deutlich erkennbare innenpolitische Dimension. Noch Ende Mai 2002 während des kurzen Staatsbesuches von Präsident George W. Bush Jr. in Berlin wurde das Thema Irak bewusst heruntergespielt, vielmehr betonte man das Einverständnis zwischen deutscher und amerikanischer Politik. Dafür wurde die Politik der Bundesregierung vom

amerikanischen Präsidenten in höchsten Tönen gelobt, insbesondere wegen der deutschen Unterstützung im Krieg gegen den Terror. Nur wenig mehr als zwei Monate später, Anfang August 2002, erklärte Bundeskanzler Schröder kategorisch, dass es unter seiner Führung keine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak geben werde, obwohl sich seit Ende Mai die Lage in keiner Weise verändert hatte. Es gab kein offizielles Ersuchen der Amerikaner um deutsche Beteiligung, ja es war noch nicht einmal klar, ob es überhaupt zu einem Krieg kommen werde. Damit machte Schröder aus der Irak-Frage ein Wahlkampfthema, das auf die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft in der "heißen" Wahlkampfphase sowie in besonderer Weise auf die Bevölkerung in den neuen Ländern zielte, wo es schon bei den früheren Kriegseinsätzen der Bundeswehr in den Umfragen kaum Zustimmung gegeben hatte. Zugleich gelang es dem Bundeskanzler, der zum ersten Mal seit 1945 deutsche Truppen in Kampfeinsätze geschickt hatte, mit dieser Zuspitzung der PDS, einem wahlpolitisch wichtigen Konkurrenten, das Friedensthema wegzunehmen. Der Erfolg dieser Wahltaktik ist offensichtlich: Nur weil die PDS den Einzug in den Bundestag verfehlte, reichte die rot-grüne Mehrheit zur Regierungsbildung aus.

Deutlich erkennbar ist auch, wie in den Monaten nach der Wahl versucht wurde, im Blick auf die USA das kategorische Nein zum Irak-Krieg aufzuweichen. So wurden Überflugrechte ebenso zugestanden wie andere Hilfeleistungen der Bundeswehr. Fischer deutete sogar an, dass unter Umständen Deutschland im Sicherheitsrat doch einem Krieg zustimmen könne. Erst im Vorfeld der auch bundespolitisch wichtigen Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen, erklärte wiederum der Bundeskanzler ganz eindeutig, dass es keine Zustimmung geben werde.

Warum konnte der Bundeskanzler darauf rechnen, dass seine Wahlkampfaktik aufgehen würde? Drei Faktoren lassen sich nennen: erstens, ein latenter, aber leicht aktivierbarer Anti-Amerikanismus in verschiedenen Segmenten der Bevölkerung, der freilich in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden sollte; zweitens, der bereits erwähnte pazifistische Grundzug nicht nur in der ostdeutschen Befindlichkeit und schließlich drittens, und das stellt zugleich die dritte Dimension hinsichtlich der eingangs genannten Frage dar, die in Deutschland verbreitete Neigung, Politik nicht im Hinblick auf die möglichen Folgen und auf die mit ihr verbundenen Interessen zu betrachten, sondern als vorwiegend moralische Frage. Und was könnte sich besser für eine derartige Moralisierung eignen als die Frage nach Krieg und Frieden.

3. Abschließend bleibt noch die bereits erwähnte Frage nach den deutschen Interessen im Hinblick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dazu ist ein Blick über den Atlantik unentbehrlich. Wie stellt sich das deutsch-amerikanische Verhältnis in amerikanischer Perspektive dar? In der subjektiven amerikanischen Wahrnehmung ist Deutschland das Land, das man unter großen Opfern vom Nationalsozialismus befreit hat, das hundert Tausende amerikanische Soldaten über vierzig Jahre lang vor einer sowjetischen Aggression beschützt haben und dem man bei der Verwirklichung des großen nationalen Ziels, der Wiedervereinigung, in jeder erdenklichen Weise - viel mehr jedenfalls als die europäischen Verbündeten -geholfen hat. Unter diesen Umständen kann durch die deutsche Weigerung, im Ernstfall eines Krieges den USA beizustehen, nur der Eindruck eines schnöden Im-Stich-lassens entstehen, der durch Äußerungen wie die der ehemaligen Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin noch verschärft wird. Über diese, wie gesagt, subjektive Sichtweise muss man sich im Klaren sein, wenn man eine deutsche - und sei es eine kleine symbolische, etwa in Form von ABC-Spürpanzern und einigen Kampfflugzeugen - Beteiligung am Irak-Krieg verweigern will. Wenn man, wie eingangs festgestellt, die Entscheidung, ob es zum Krieg kommen wird, ohnehin kaum beeinflussen kann, lohnt es dann, sich mit der einzigen existierenden Weltmacht zu überwerfen? Oder wäre es im eigenen deutschen und auch europäischen Interesse nicht besser, den Vereinigten Staaten intern und diplomatisch klarzumachen, dass man ihre Politik zwar für falsch hält, wenn es aber zum Krieg kommt, dennoch zumindest ein Minimum an Solidarität zu beweisen? Die Antwort auf diese letzte Frage kann meines Erachtens nur ein klares Ja sein. Die Bundesregierung hat sich freilich den Weg zu einer moderaten, vernünftigen Politik durch ihre in hohem Maße wahltaktisch motivierte Haltung weitgehend selbst verbaut.



**Autoren**

- Lars Berger, M.A., Congressional Fellow, U.S. House of Representatives,  
Washington, D.C. (larsberger@yahoo.de)
- Prof. Dr. Klaus Dicke, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena  
(Klaus.Dicke@uni-jena.de)
- Prof. Dr. Michael Dreyer, Political Science Department, Northwestern University,  
Evanston/Illinois (m-dreyer@northwestern.edu)
- Dr. Michael Edinger, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena  
(s6edmi@nds.rz.uni-jena.de)
- Dr. Manuel Fröhlich, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena  
(Manuel.Froehlich@uni-jena.de)
- Dr. Michael Henkel, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena  
(michael.henkel@mhenkel.de)
- Prof. Dr. Helmut Hubel, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-  
Universität Jena (Helmut.Hubel@uni-jena.de)
- Guido Müntel, M.A., Institut für Europäische Studien der Queen's University in Belfast,  
Nordirland (gmuentel@web.de)
- PD Dr. Torsten Oppelland, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-  
Universität Jena (Torsten.Oppelland@uni-jena.de)
- PD Dr. Hartmut Behr, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena  
(Hartmut.Behr@uni-jena.de)
- Dr. Markus Kaim, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena  
(Markus.Kaim@uni-jena.de)





## Forum Politicum Jenense

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT

(Bezug gegen Einsendung der Herstellungskosten + Porto)

Beitrag Nr. 1:

Klaus Dicke: Der Krieg als Lehrmeister des Friedens?, Jena 1996

Beitrag Nr. 2:

Ingo Kolboom: Die Ära Mitterrand 1981 – 1995. Versuch einer Bilanz, Jena 1997

Beitrag Nr. 3:

Jörg Monar: Der Vertrag von Amsterdam. Grenzen und Risiken des intergouvernementalen Verfassungsgebungsprozesses der Europäischen Union, Jena 1998

Beitrag Nr. 4:

Hans Maier: Europa und die Kirchen

Werner Leich: Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Hintergründe, Fakten, Erkenntnisse, Jena 1998

Beitrag Nr. 5:

Helmut Hubel: Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen: Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA, Jena 1998

Beitrag Nr. 6:

Karl Schmitt (Hrsg.): Kirchen und Politik in und nach der friedlichen Revolution, Jena 1999

Beitrag Nr. 7:

Helmut Hubel (Hrsg.): Quo vadis, Amerika? Beiträge zur Innen- und Außenpolitik der USA, Jena 1999

Beitrag Nr. 8:

Torsten Oppelland: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Jena 2000

Beitrag Nr. 9:

Michael Mertes: Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms vom 28. November 1989. Ein Werkstattbericht, Jena 2001

Beitrag Nr. 10:

Richard Stöss: Rechtsextremismus. Begriffe, Ursachen, Ziele, Entwicklung und Perspektiven, Jena 2001

Beitrag Nr. 11:

Klaus Dicke: Globales Recht ohne Weltherrschaft. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Welt-Gesetzgeber?, Jena 2001

Beitrag Nr. 12:

Helmut Hubel: Die Ostbeziehungen der sich erweiternden EU, Jena 2001

Beitrag Nr. 13:

Klaus Dicke: Harry Graf Kessler und sein "Verfassungsentwurf für den Völkerbund", Jena 2002

Beitrag Nr. 14:

Hartmut Behr und Markus Kaim (Hrsg.): Der Irak-Konflikt. Aktuelle Analysen, Jena 2003

Hartmut Behr und Markus Kaim (Hrsg.)

Der Irak-Konflikt  
Aktuelle Analysen

Jena: Universitätsdruckerei, 2003

Forum Politicum Jenense, Beitrag Nr. 14

**ISBN 3-9807645-3-2**

Thüringer Univ.- und Landesbibliothek Jena



27 \$ 010727213